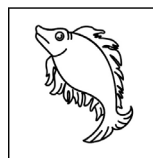


# EINWOHNERRAT



Gemeinde  
**HORW**

Gemeindehausplatz 1  
Postfach  
6048 Horw  
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**  
Sitzungsdatum **21. November 2024, 16.00 – 19.50 Uhr**  
Sitzungsort **Aula Schulhaus Zentrum**  
Vorsitz **Bettina Beck Bertschmann**

Kontakt **Maya Niederberger**  
Telefon **041 349 12 51**  
E-Mail **maya.niederberger@horw.ch**

## PROTOKOLL NR. 428

Anwesend **27 Einwohnerratsmitglieder**  
**5 Gemeinderatsmitglieder**  
**1 Gemeindeschreiber**

Entschuldigt - **Eberhard Reto, SVP,**  
**18.30-19.20 Uhr abwesend**  
- **Luthiger Daniela, die Mitte,**  
**ab 19.00 Uhr anwesend**  
- **Matter Frank, L20, ganze Sitzung**  
- **Schmidiger Julia, die Mitte, ganze Sitzung**  
- **Steiger Urs, L20, ganze Sitzung**

### Traktandenliste

1. Bericht und Antrag Nr. 1755 Wahl externe Revisionsstelle für die Rechnungsjahre 2024 - 2027 .....5
2. Bericht und Antrag Nr. 1757 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025 .....7
3. Fragestunde ..... 30
4. Postulat Nr. 2024-785 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden:  
Machbarkeit bzw. Erstellung eines Velo-Kellers in «horw mitte» evaluieren ..... 30
5. Postulat Nr. 2024-789 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden:  
Nachhaltige Gewinnausschüttung bei REAL für beteiligte Gemeinden einfordern ..... 34
6. Interpellation Nr. 2024-784 von Hans Stampfli, SVP, und Mitunterzeichnenden:  
Status der Informationssicherheit in der Gemeinde Horw ..... 36
7. Interpellation Nr. 2024-785 von Francesca Schoch, FDP, und Mitunterzeichnenden:  
Umsetzung von vier Zahlparkplätzen im Quartier Stutzrain, St. Niklausen und  
Berücksichtigung der Anwohnermeinung ..... 37

### **Feststellungen**

Gemäss Geschäftsordnung sind die Einladungen fristgerecht versandt worden. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

### **Entschuldigungen**

Frank Matter und Urs Steiger sind entschuldigt, Daniela Luthiger und Julia Schmid treffen verspätet ein. Reto Eberhard wird teilw. abwesend sein. Wir starten mit 26 Mitgliedern des Einwohnerrates.

### **Gratulationen**

Bettina Beck Bertschmann und Gaudenz Zemp gratulieren Reto Eberhard und seiner Frau Madeleine zur Geburt ihres 4. Sohnes Dominik am 3. November 2024 und überreichen Geschenke im Namen des Einwohnerrates und des Gemeinderates.

Reto Eberhard bedankt sich und lädt die Einwohner- und Gemeinderatsmitglieder ein, seine Familie zu besuchen.

### **Repräsentationen**

- 27. Oktober 2024: SwissCityMarathon in der Swissporarena
- 9. November 2024: Theatergesellschaft Horw, Premiere des Stückes «Der Gott des Gemetzels» in der Kulturmühle
- 16. November 2024: Kirchenkonzert Jodlerclub Heimelig

### **Protokoll**

Gegen das Protokoll Nr. 427 der Einwohnerratssitzung vom 24. Oktober 2024 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt. Ich danke der Verfasserin Maya Niederberger für das Protokoll.

### **Einbürgerungen**

Seit der letzten Einwohnerratssitzung hat keine Sitzung der Bürgerrechtsdelegation stattgefunden.

### **Rechtskraft von Beschlüssen**

Seit der letzten Sitzung ist für kein Beschluss Rechtskraft erwachsen.

### **Neueingänge Vorstösse**

- 4. November 2024: Postulat Nr. 2024-792 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Prüfen, ob Fördergesuche für Energie in Horw über das Portal «Das Gebäudeprogramm» zu erfassen sind
- 6. November 2024: Interpellation Nr. 2024-786 von Larissa Lehner, L20, und Mitunterzeichnenden: Trinkwasserqualität
- 15. November 2024: Dringliche Motion Nr. 2024-329 von Marc Wiest, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Steuersenkung 2026

**Dringliche Motion Nr. 2024-329 von Marc Wiest, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden «Steuersenkung 2026»: Begründung Dringlichkeit**

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

Sofern die Dringlichkeit nicht bestritten ist, wird das Geschäft in die heutige Traktandenliste eingefügt.

Aufgrund der anhaltend guten finanziellen Situation der Gemeinde Horw, nicht zuletzt dank neuer Steuerzahler, sehen wir es (dem Vernehmen nach nicht als einzige Fraktion) als angezeigt, über eine moderate Steuersenkung nachzudenken. Dabei ist es uns wichtig, einen budgetlosen Zustand (aufgrund der nötigen Volksabstimmung) möglichst zu vermeiden und eine Entscheidung aufgrund von belastbaren Zahlen zu fällen, insbesondere auch für die Abstimmungsbotschaft an die Bevölkerung. Das ist heute, hier, für das Budget 2025, aus unserer Sicht, nicht möglich. Damit wir bei der Beratung des AFPs 2026 nicht in der gleichen Situation sind wie heute, verlangt die Motion, dass der Gemeinderat Vorarbeit und Abklärungen zu Szenarien, Auswirkungen und Zeitplan rechtzeitig angeht und uns präsentiert. Normalerweise startet der Budgetprozess im Mai. Gegebenenfalls muss der Gemeinderat den Budgetprozess aber vorziehen, um einen budgetlosen Zustand anfang 2026 zu vermeiden. Daraus ergibt sich die Dringlichkeit, da der Planungsbericht bereits früh im Jahr 2025 gestartet werden muss.

Marc Wiest  
(Die Mitte)

Der Gemeinderat opponiert nicht gegen die Dringlichkeit.

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

Wir bestreiten die Dringlichkeit und ich würde es auch gerne begründen. Die Dringlichkeit dieser Motion und die Motion selbst haben einen speziellen Hintergrund, da wir in der GPK das Kommissionsgeheimnis haben. In der GPK ist ein Vorgehen besprochen und beschlossen worden, wie der Rat im regulären Rahmen der AFP-Debatte über die Steuersenkung debattieren kann. Drei Varianten sind zur Verfügung gestanden. Die Erste ist eine sofortige Steuersenkung per 2025. Die Zweite ist eine Empfehlung für eine Steuersenkung per 2026 inklusiv Aufzeigen der Konsequenzen oder eben gar keine Steuersenkung als dritte Variante.

Stefan Maissen (FDP)

Grosse Teile der die Mitte/GLP-Fraktion haben es vorgezogen, einen eigenen dringlichen Vorstoss zu machen. Sie desavouieren aus meiner Sicht den eigenen Gemeinderat und übrigens auch den eigenen GPK-Präsidenten. Warum ist die Motion nicht dringlich? Punkt 1: Wichtig ist nicht dringlich. Es ist den Motionären offenbar wichtig, eine Steuerfuss-Senkung per 2025 mit allen Mitteln zu verhindern. Das ist grundsätzlich legitim. Es ist aber definitiv nicht dringlich, Argumente gegen eine sofort Steuersenkung 2025 in verkappter Form einer Motion einzureichen, wenn die Diskussion im AFP ausführlich geführt werden kann. Es gibt aus der dringlichen Einreichung keinerlei Erkenntnisgewinn. Punkt 2: Der Titel sagt schon «Steuersenkung per 2026». Und Sie reichen vier Tage vor dem AFP 2025 eine dringliche Motion ein. Die Motionäre erwarten gemäss Motion Aussagen dazu, wie sich die finanziellen Kennzahlen der Gemeinde mit und ohne Steuersenkung entwickelt, wie mit zu erwartenden Aufwandüberschüssen umzugehen ist und mit welchen Auswirkungen auf der Ausgabenseite zu rechnen ist.

Wenn Sie den AFP gelesen haben, finden Sie auf Seite 77 bei den Zentralen Diensten im Departement des Finanzvorstehers Hans-Ruedi Jung, unter 202.01 folgenden Punkt: Überarbeitung Finanzstrategie, 20'000 Franken. Ich gehe davon aus, dass dieser Posten in der AFP-Debatte nicht bestritten wird. Es ist auch so, dass die Mehrheit der GPK eine Steuersenkung wünscht - sofort oder per 2026. Wenn der Finanzvorsteher das nicht in die neue Finanzstrategie aufnimmt, wäre das Arbeitsverweigerung. Wir von der FDP trauen aber - im Gegensatz zur die Mitte/GLP-Fraktion - unserem Finanzvorsteher zu, dass er seinen Job korrekt macht und nach den Diskussionen in der GPK und im Rat die Frage der Steuersenkung und ihrer Konsequenzen in dieser Strategie sauber aufzeigt und abhandelt. Mit Szenarien und entsprechenden Kennzahlen, wie wir es bereits aus der jetzt gültigen Finanzstrategie kennen. Ich komme zum Schluss: Ich traue dem Gemeinderat zu, dass eine Steuersenkung möglich ist, dass er terminlich den AFP 2026 entsprechend vorzieht.

Kurz: Die Motion ist - salopp gesagt - ein «Buebetrickli». Sie ist unnötig und erst recht nicht dringlich. Ich bitte die anderen Fraktionen, das Spiel nicht mitzumachen.

Vielleicht nur so viel dazu: Sie haben jetzt gut erläutert, weshalb Sie die Motion nicht gut finden. Das kann ich verstehen. Aber wegen der Dringlichkeit war es nicht unbedingt ein gutes Votum, finde ich. Denn wenn man davon ausgeht, dass die Motion angenommen würde, müsste sie definitiv bald im nächsten Jahr angegangen werden. Nur unter dieser Voraussetzung, dass sie jetzt überwiesen würde, ist sie durchaus dringlich. Weil wenn sie zu spät angegangen wird, ist sie sinnlos.

Marc Wiest (Die Mitte)

Herr Maissen hat die GPK angesprochen. In der GPK wurde auch diskutiert - wie Herr Maissen richtig gesagt hat - wie es wegen dem budgetlosen Zustand aussieht. Es ist klar darauf hingewiesen worden, dass man dies vermeiden sollte. Im Nachgang ist das Ganze noch angeschaut worden, wie es terminlich aussieht. Und bei der Terminlichkeit hat sich ganz klar gezeigt, dass wenn man ganz schnell umstellt, der budgetlose Zustand relativ lange dauern würde und dass sich dadurch unsere Gemeinde mit dieser Ausgangslage nicht in einem guten Licht zeigen würde. Ich darf Sie erinnern, Herr Maissen, schauen Sie nach Ebikon, was da abgegangen ist beziehungsweise immer noch abgeht. Das ist auch so eine Geschichte, und wir haben herausgefunden beziehungsweise hat sich im Nachgang herausgestellt – und das wurde der GPK so mitgeteilt - dass ein budgetloser Zustand bis im Mai hinein dauern würde und deshalb ist das Ganze so entstanden.

Leo Camenzind  
(Die Mitte)

Die Argumente daraus sind nachvollziehbar, aber sie haben absolut nichts mit der Dringlichkeit dieser Motion zu tun. Diese können Sie selbstverständlich bringen, wenn es im AFP um eine Steuerfuss-Senkung per 2025 geht, die kann man entgegennehmen, die kann man gut oder schlecht finden, aber diese haben nichts mit der Dringlichkeit dieser Motion zu tun.

Stefan Maissen (FDP)

Wenn ich es richtig verstehe, geht es bei der Dringlichkeit solcher Vorstösse einzig und allein darum, ob der Vorstoss hinfällig wird oder nicht Sinn macht, wenn man den Vorstoss regulär, das heisst innerhalb eines Jahres, bearbeiten oder beantworten würde.

Marc Wiest (Die Mitte)

Das ist in diesem Fall definitiv gegeben. Wenn diese Motion in regulärer Frist bearbeitet würde, würde das keinen Sinn machen.

Jetzt diskutieren wir darum, wie schnell der Gemeinderat eine dringliche Motion bearbeiten muss. Ich mute dem Gemeinderat bei dieser Motion zu, dass er diese selbst rechtzeitig angeht und bearbeitet, auch wenn wir sie heute nicht dringlich überweisen. Dass er dann nicht das Maximum der Frist ausschöpft, welche man gemäss der Geschäftsordnung des Einwohnerrats kann, sondern dass er diese rechtzeitig behandelt, dass es eben für 2026 wirksam wird. Ich plädiere dafür, dass man die Motion als nicht dringlich erklärt.

Jürg Biese (FDP)

**Abstimmung:**

**Die Motion wird mit 13:11 Stimmen bei 1 Enthaltung als dringlich erklärt.**

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

Damit wird die dringliche Motion heute unter Traktandum 4 in die Traktandenliste aufgenommen.

## **1. Bericht und Antrag Nr. 1755 Wahl externe Revisionsstelle für die Rechnungsjahre 2024 - 2027**

### **Eintreten GPK**

Leo Camenzind  
(Die Mitte)

Vor vier Jahren wurde in Absprache mit der GPK auf eine Ausschreibung für eine neue Revisionsstelle verzichtet. Dies im Sinne der Kontinuität und weil wir mit der Revisionsstelle zufrieden waren. Der Kanton empfiehlt aber einen periodischen Wechsel der Revisionsstellen. Das macht aus Sicht der GPK wirklich Sinn, lässt es doch Platz für eine andere oder differierte Prüfung, weil alle Revisionsstellen ein bisschen anders prüfen. Um dieser Empfehlung nachzukommen, hat das Finanzdepartement am 7. Mai 2024 die Zustimmung der GPK bekommen, die öffentliche Ausschreibung beziehungsweise den notwendigen B+A vorzubereiten.

Die GPK wurde ins Auswahlverfahren einbezogen. Am 17. September 2024, also an der ersten Sitzung in der neuen Zusammensetzung, hatten die Offerierenden die Gelegenheit, sich vorzustellen und die GPK hatte die Gelegenheit, Fragen zu stellen und zu schauen, wie sie aufgestellt sind. Die Wahl, welche die GPK getroffen hat, ist nach folgenden Kriterien erfolgt: Kompetenz, Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung, Beratungskompetenz im Bereich HRM2, professionelle Präsentation, Referenzen (Emmen und Ebikon) sowie sofortige Kapazität (sofortige Zwischenrevision). Die GPK hat sich deshalb entschieden, den Auftrag der Balmer-Etienne AG, Kaufmannweg 4, Luzern zu erteilen beziehungsweise vorzuschlagen.

Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des B+As 1755 und sind für Eintreten und Kenntnisnahme.

### **Eintreten die Mitte/GLP**

André Fallet (GLP)

Unsere Fraktion hat den B+A 1755 an ihrer Fraktionssitzung vor einer Woche kurz besprochen. Der B+A ist aus unserer Sicht unbestritten, entsprechend kann ich mich kurz halten. Der Prozess für die Wahl einer neuen Revisionsstelle ist für uns durchwegs nachvollziehbar abgelaufen. Der Wechsel der Revisionsstelle war nach acht Jahren angebracht und das Auswahlverfahren ist im B+A nachvollziehbar beschrieben. Wir begrüßen sehr, dass die GPK direkt ins Auswahlverfahren miteinbezogen wurde, und dass der Antrag für die Auftragserteilung von der GPK gemacht wurde. Dadurch wurde eine von der Verwaltung und dem Gemeinderat unabhängige Auswahl ermöglicht.

Die Mitte/GLP ist für Eintreten und empfiehlt, den Auftrag wie vorgeschlagen an die Firma Balmer-Etienne AG zu erteilen.

### **Eintreten L20/Junge L20**

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Der B+A 1755 Wahl externe Revisionsstelle 2024-2027 hat bei der L20/Junge L20 zu wenig Diskussionen geführt.

Wir erachten die Empfehlung des Kantons, die Verantwortlichen der externen Revision im Sinne einer Good Governance periodisch zu wechseln, als sinnvoll. Nachdem die BDO auch in der letzten Legislaturperiode die Jahresrechnung und die Abrechnungen über Sonder- und Zusatzkredite der Gemeinde Horw hinsichtlich Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft hat, ist es nun an der Zeit, den Auftrag einer anderen Firma zu erteilen. Vier Luzerner Firmen wurden zur Offertstellung eingeladen, wobei eine Firma auf eine Offertstellung verzichtet hat. Die drei verbliebenen Offertsteller:innen stellten ihre Offerten an der GPK-Sitzung vom 17. September 2024 vor. Wir unterstützen den Antrag der GPK, den Auftrag an die Balmer-Etienne AG zu erteilen, möchten aber darauf hinweisen, dass es aus unserer Sicht wünschenswert gewesen wäre, im vorliegenden B+A die Gründe kurz aufzuführen, weshalb die Wahl auf die Balmer-Etienne AG gefallen ist.

Wir sind für Eintreten und Erteilung des Auftrags an die Balmer-Etienne AG.

### **Eintreten FDP**

Ramon Bisang (FDP)

Eine andere Revisionsstelle kann neue Inputs liefern und die bestehende Praxis rigoroser oder neu hinterfragen. Ohne dies negativ gegenüber der BDO oder auch dem Finanzdepartement zu werten, begrüßen wir sehr, dass die Gemeinde die Revisionsstelle wechseln möchte.

Balmer-Etienne ist aus unserer Sicht die richtige Wahl. Obwohl die Kosten bei allen drei ähnlich waren, überzeugte Balmer-Etienne mit einer gleichzeitig vielseitigen, aber auch detaillierten Expertise, mit der voraussichtlichen Kontinuität der Mandatsträger, sowie der äusserst professionellen Präsentation bei der GPK, welche wir positiv bewerten.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A sowie dafür, dass der Auftrag an Balmer-Etienne erteilt wird.

### **Eintreten SVP**

Gesagt ist eigentlich schon alles zum B+A 1755 Wahl externe Revisionsstelle 2024 bis 2027. Die SVP hat keinen Einwand gegen den Wechsel der Revisionsstelle und folgt dem Gemeinderat und der GPK bei dem Entscheid, zur Balmer-Etienne zu wechseln.

Maximilian Holzer  
(SVP)

### **Stellungnahme Gemeinderat**

Danke für die gute Aufnahme des B+As. Es ist mir wichtig, noch einmal zu betonen, dass sich der Gemeinderat und die Verwaltung bei der Auswahl der Revisionsgesellschaft zurückgenommen haben. Wir haben uns weitgehend auf das Administrative/ Organisatorische beschränkt. Wir waren - in Übereinstimmung mit der GPK - der Meinung, dass sie diese Auswahl treffen müssen, dass sie die Führerschaft haben und wir einfach zudienen. Deshalb steht im B+A relativ wenig ausführlich, aufgrund welcher Kriterien letztendlich der Zuschlag an Balmer-Etienne erfolgt ist. Man kann es aber herauslesen, indem man sieht, was die Bedingungen waren und worauf sich die GPK gestützt hat.

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

Bei der Präsentation waren wir vom Gemeinderat beziehungsweise von der Verwaltung dabei, bei der Diskussion nachher nicht mehr. Deshalb konnten wir das im B+A nicht abbilden.

### **Detailberatung**

Keine Wortmeldungen

### **Abstimmung Beschluss:**

«Der Auftrag für die Prüfung der Rechnungen der Gemeinde Horw für die Jahre 2024 – 2027 wird der Balmer-Etienne AG, Luzern, erteilt.»

**Dem Antrag wird einstimmig mit 25:0 Stimmen zugestimmt.**

## **2. Bericht und Antrag Nr. 1757 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025**

### **Eintreten GPK**

Die Überschrift im Management Summary trifft es für die GPK richtig «Horwer Budget 2025: Handlungsspielraum bleibt erhalten». In den letzten Jahren haben wir immer Aufwandüberschuss prognostiziert und nur 2023 ist ein Aufwandüberschuss resultiert. Alle anderen Jahre wurden mit einem Ertragsüberschuss abgerechnet. Wir haben seit 2018 über 90 Mio. Franken Ertragsüberschuss erzielt und konnten dadurch Schulden stark reduzieren, im aktuellen AFP 24 Mio. Franken, und haben im AFP ein Eigenkapital von 266 Mio. Franken. Unser Finanzvorsteher hat uns Folgendes mitgegeben: «Ich möchte Sie darum bitten, auch eine gewisse Gelassenheit an den Tag zu legen. Ich sage NICHT Gleichgültigkeit und ich sage auch NICHT Nachlässigkeit. Aber eine gewisse Gelassenheit bei der Betrachtung dieser AFPs, welche wir gehabt haben und auch noch haben werden, bin ich der vollen Meinung, dass man das ernst nehmen muss. Wir müssen das Budget nehmen, als das, was es ist: Ein bisschen Hochrechnen, es ist aber auch ein bisschen ein Blick in die Glaskugel.»

Leo Camenzind  
(Die Mitte)

Die GPK versteht, dass seit dem HRM2 die Volatilität enorm zugenommen hat, was die Steuereinnahmen anbelangt. Auch 2024 ist ein Aufwandüberschuss prognostiziert worden und es wird ein Ertragsüberschuss resultieren, wie man das im AFP 2025 nachlesen kann. Wir rechnen im AFP 2025 wieder mit einem Aufwandüberschuss von 5.8 Mio. Franken. Die grosse Unsicherheit beim Budget 2025 - wie vorher erwähnt – bleiben die Steuern. Die Volatilität vom letzten Jahr geht also weiter. Der Aufwand steigt um 3.7 Mio. Franken, was 3.3 Prozent entspricht. Das Bevölkerungswachstum, die Teuerung, Mehraufwand bei Infrastruktur, Dienstleistungen und Bildung machen 2.8 Mio. Franken aus. Transferzahlungen, Finanzausgleich, Sonderschulpool, Ergänzungsleistungen, Heimfinanzierung und Prämienverbilligung machen zusätzlich auch über 2.4 Mio. Franken aus. Einzig die Auflösung der Spezialfinanzierung Fernheizwerk bringt eine Entlastung von 1.5 Mio. Franken. Die Ausgleichszahlung an den Finanzausgleich bleibt hoch, wenn nicht der höchste Punkt im Jahr 2025, 11.3 Mio. Franken. Es stehen höhere Investitionen in der Bildung - Schulhaus Allmend - und Klimaschutz in den Gebäudepark an. Dem gegenüber, was auch unsicher ist, steht die Einnahme der OECD-Mindeststeuer, welche sich verändert hat. So rechnet der Kanton bis dato mit 60 Mio. Franken Einnahmen. Von diesen möchte er 26 Mio. Franken den Gemeinden weitergeben. Jetzt spricht der Kanton von 400 Mio. Franken, also Faktor 7, und 8 Mio. Franken für die Gemeinden, also Faktor 3.

Die GPK hat den AFP 2025 weniger lang beraten als in anderen Jahren. Wir sind mit knapp acht Stunden durchgekommen, was auch zeigt, dass das Ganze ausgewogen ist und sehr gut ausgearbeitet war. Wir haben diverse Detailfragen gestellt, präzisierte Tabellen verlangt und haben die Antworten zeitnah bekommen. Es sind keine Anträge definiert worden, bis auf einen, den Antrag auf eine Steuersenkung. Die GPK war mehrheitlich der Meinung, dass eine Steuersenkung um 1/20 Einheit angezeigt wird, und das wurde entsprechend diskutiert. Die Situation, welche ich vorhin beschrieben habe, zeigt das auch auf, die Diskussion war gut und sinnvoll. Wieso kein Antrag von der GPK? An der zweiten Sitzung waren wir unvollständig, das heisst, es waren statt sieben Mitglieder (staubedingt) nur sechs Mitglieder anwesend. So gab es in der Abstimmung eine Pattsituation. Wir haben festgelegt, dass wir das so im Rat offenlegen. Es standen zwei Anträge im Raum. Was klar herauskam war, dass mehrheitlich eine Steuersenkung angezeigt ist. Variante 1: Antrag, im AFP 2025 den Steuerfuss auf 1.4 Einheiten zu senken. Dazu ist zu sagen, dass Abklärungen nach der Sitzung ergeben haben, dass der budgetlose Zustand circa fünf Monate anhalten würde. Das führte zu grossen Diskussionen. Wenn es irgendwie geht, wollten wir das vermeiden. Variante 2: AFP 2025 mit Steuerfuss 1.45 Einheiten verabschieden mit einem Antrag an den Gemeinderat, den AFP 2026 mit einem reduzierten Steuerfuss von 1.4 Einheiten auszuarbeiten und zu dokumentieren.

Durch die aussergewöhnliche Kommissionsbesetzung ist keine Mehrheit zustande gekommen. Die Mitglieder haben sich geäussert, dass dementsprechend die Fraktionen Antrag auf Bemerkung stellen. Ich gehe davon aus, dass bei den folgenden Eintreten die Fraktionen entsprechend Antrag stellen werden, beziehungsweise einer – die

dringliche Motion - ist bereits eingereicht worden. Die GPK hat beschlossen, transparent zu orientieren und die Pattsituation darzulegen.

Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des B+As 1757 und sind für Eintreten und Zustimmung.

### **Eintreten BVK**

Anlässlich der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans 2025 haben nebst diversen Detailfragen, zu denen wir teilweise an der BVK-Sitzung selbst, teilweise aber auch im Nachgang dazu, Antworten bekommen haben, folgende Themen Anlass zu Diskussionen gegeben:

Jürg Biese (FDP)

Das Erste und sehr wichtige Anliegen der BVK ist eine vorausschauende Planung und damit Budgetierung von öffentlichen Bauten und Projekten durch die Bau- und Immobiliendepartemente. Die Erfahrungen von diversen Projekten in der Gemeinde Horw zeigen, dass das offenbar nicht so einfach ist. Dazu zählen die Weiterentwicklung der Vision Seefeld, die Planung des Schulhaus Allmend, die Weiterentwicklung der Schulanlage Allmend, die Planung der Wärmegewinnung für die Schulanlage Kastanienbaum oder auch die Planung von Bushaltestellen. Zum Projekt Seefeld hat sich die BVK als erstes über den Stand und das weitere Vorgehen bezüglich dem kommunalen Richtplan informieren lassen. Bekanntlich erstreckt sich dieser Richtplan über alle Bauetappen, wobei Stand heute die Etappe 0 umgesetzt ist, jedoch noch nicht alle Betroffenen befriedigt. Die BVK hat dem Gemeinderat in Erinnerung gerufen, dass nach der Umsetzung der Etappe 1, gemäss Beschluss des Einwohnerrats, zuerst weitere Bedürfnisabklärungen vorgenommen werden sollen. Das Vorgehen wird aus dem AFP und dem Budget 2025 nicht ersichtlich. Betreffend Budget für den Ergänzungsbau Schulhaus Allmend hat die BVK ihr Unverständnis geäußert, dass die mit dem Neubau erforderliche Umlegung von Werkleitungen im Bereich des Roten Platz nicht im Budget des Schulhauses, sondern 220'000 Franken dafür separat budgetiert worden sind. Selbst wenn das im B+A zum Schulhaus Allmend so erwähnt worden wäre, was ich nicht mehr nachgeprüft habe, ist die BVK heute der Ansicht, dass solch relevanten Budgetposten ins Budget des Schulhauses gehören. Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der ganzen Schulanlage Allmend erwartet die BVK, dass man umsichtig und weit genug voraus denkt und die Planung so im Griff hat. Es hilft zum Beispiel wenig, wenn man den Roten Platz, wo jetzt das neue Schulhaus hinkommt, in den Bereich der Palazzinen verschieben will, wo später auch wieder neue Schulgebäude oder vielleicht sogar eine Sporthalle vorgesehen sind. Betreffend der Planung von E-Ladestationen auf gemeindeeigenen Grundstücken hat der Einwohnerrat einmal entschieden, dass man lediglich den Platz zur Verfügung stellt, aber selber keine Ladestationen einrichten will. Jetzt wollen wir trotzdem 30'000 Franken für die Planung von Ladestandorten ausgeben, und es ist an der BVK-Sitzung nicht klar gewesen, dass oder ob diese Kosten späteren Betreibern von Ladestationen überwältigt werden oder nicht. Eine weitere Planung, welche anlässlich der BVK-Sitzung zu reden gab, war die Wärmegewinnung beim Schulhaus Mattli. Wegen Lärmemissionen muss diese heutige Wärmepumpe nach kurzem und reduziertem Betrieb mit einer Sole-Wasser-Wärmepumpe ersetzt und entsprechend neu budgetiert werden. Positiv hat die BVK zur

Kenntnis genommen, dass ein Budget von 350'000 Franken für die Planung und den Umbau der Bushaltestelle Waldegg vorgesehen ist, und jetzt doch eine Behinderten-Gleichstellungsgesetz-konforme Bushaltestelle möglich wird, indem man leicht von den Normen für die An- und Wegfahrt der Busse abweicht. Das fordert zwar die Buschauffeurinnen und -chauffeure, diese sind sich das aber auch von anderen Bushaltestellen in Luzern her schon gewohnt.

Der zweite wichtige Punkt, welcher mehrmals an der BVK-Sitzung zu reden gab, war die Feststellung, dass Veränderungen beim Personalaufwand an diversen Orten nicht mit den Veränderungen der Planstellen übereingestimmt haben, was entweder auf eine falsche Budgetierung oder eine nicht korrekte Abbildung vom Stellenplan zurückzuführen gewesen ist.

Der dritte Punkt, welcher der BVK schliesslich ein Anliegen ist, dass man Veränderungen im AFP im Vergleich zu den vorangehenden AFPs besser erkennen kann. Mindestens in den Kapiteln «Leistungsbeschreibung» und «Beschrieb Leistungsgruppen» wünscht sich die BVK eine Darstellung, sodass Veränderungen der Aufgaben und Leistungen – und diese sind ja massgebend fürs Budget – im Vergleich zu den Vorjahren besser ersichtlich werden. Die BVK wird deshalb einen entsprechenden Antrag auf Bemerkung dazu anbringen. Wenn man jetzt die Veränderungen zu den vorangehenden AFPs feststellen wollte, hat man die alten AFPs nebeneinanderlegen und die Unterschiede suchen müssen. Das ist dieses Jahr umso schwieriger gewesen, weil im vorliegenden B+A nicht mal mehr eine Kopf-Zeile vorhanden ist, aus derer man den Jahrgang des AFPs hätte erkennen können. Dafür ist dort aber eine grosse weisse Fläche vorhanden, welche man sich hätte sparen können. Dann wäre der B+A auch nicht 171 Seiten lang geworden.

Sie erkennen aus meinen letzten Bemerkungen, dass ich persönlich – aber das Recht nehme ich mir als BVK-Präsident – mir erhoffe, dass die Qualität eines solch wichtigen Planungs- und Budgetierungsinstrument in Zukunft verbessert wird.

Die BVK hat die Aufgaben und Budgets der Bereiche Bau und Umwelt, Gemeindewerke, Immobilien und Sicherheit, Liegenschaften Finanzvermögen, Feuerwehr, Werkdienste und Abfall zur Kenntnis genommen und ist für Eintreten.

### **Eintreten BGSK**

Philipp Peter (L20)

Die BGSK hat den Aufgaben- und Finanzplan 2025 an ihrer Sitzung vom 13. November 2024 ausführlich beraten. Im Zentrum der Diskussion standen die Aufgabenbereiche der BGSK-Ressorts: Freizeit und Sport, Bildung, Gesundheitswesen, Sozialhilfe und -beratung, Familie plus (neu: Gesellschaft) und Kultur.

Im Bildungsbereich ist die Stellenbesetzung mit ausgebildeten und qualifizierten Fachkräften, wie man auch aus den Medien erfahren kann, zunehmend eine grosse Herausforderung. Das gilt auch für die Gemeinde Horw. Dank gesunder Finanzen kann unsere Gemeinde zum Glück weiterhin genügend Anreize schaffen, um externe Lehrpersonen – insbesondere Förderlehrpersonen – zu gewinnen und gleichzeitig auch die

Weiterqualifikation des bestehenden Personals unterstützen. Besonders erfreulich ist der Bericht über die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Schule und ergänzenden Tagesstrukturen. Der Entscheid, die beiden Bereiche/Angebote unter einem organisatorischen Dach zu vereinen, zeigt nicht nur administrative Erfolge, sondern führt auch im Alltag zu immer besserem Zusammenwirken/Lösungen/Synergien. Die Leitung der Tagesstrukturen ist inzwischen fester Bestandteil der Schulleitungssitzungen, und umgekehrt hat das Betreuungspersonal in der Vergangenheit sogar bereits auch als Klassenassistenten einspringen können. Diese Entwicklung ist äusserst positiv zu werten.

Im Bereich Freizeit und Sport sind die Sach- und Betriebsaufwände gestiegen. Die zusätzlichen Ausgaben resultieren vor allem aus neuen Bewegungsförderungsangeboten, welche in das bestehende Angebot integriert wurden.

Im Gesundheitswesen ist mit Freude zur Kenntnis genommen worden, dass die Altersstrategie im ersten Halbjahr 2025 endlich dem Rat vorgelegt wird. Verzögerungen haben sich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten im Gemeinderat ergeben.

Im Kulturbereich, insbesondere in der Kulturmühle, fanden mehr Veranstaltungen statt als je zuvor. Dies wirkt sich auch finanziell aus: Der Betriebsaufwand und die Investitionen in den Unterhalt der Infrastruktur steigen zwar an, gleichzeitig konnten jedoch durch erfolgreiche und gut besuchte Anlässe höhere Einnahmen erzielt werden.

Abschliessend möchten wir betonen, dass sowohl die Gemeinderäte als auch die Vertretungen aus den Abteilungen gute Arbeit geleistet haben. Der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan bietet der BGSK einen guten Einblick, und alle Fragen wurden während oder nach der Sitzung transparent und qualifiziert beantwortet.

Die BGSK spricht sich einstimmig für die Annahme aller Anträge des Gemeinderats aus und wird selbst keine eigenen Anträge stellen.

### **Eintreten die Mitte/GLP**

Pius Barmet (GLP)

Der AFP 2025 wurde an unserer Fraktionssitzung ausführlich besprochen. Das Horwer Budget 2025 ist wiederum eher schwierig einzuordnen. Es sieht einen Aufwandüberschuss von rund 5.8 Mio. Franken vor. Beim budgetierten Aufwandüberschuss stellten wir uns natürlich einige Fragen, z.B. ob Optimierungspotential vorhanden wäre. Wir haben die Ausgaben angeschaut und festgestellt, dass eine grosse Zunahme der Ausgaben vorliegt. Konkret sind wir mit einer Aufwandsteigerung von CHF 3.7 Mio. bzw. von über 3 Prozent konfrontiert. Zum grössten Teil sind diese Ausgaben nicht beeinflussbar, im Kleinen gibt es sehr wohl Optimierungsmöglichkeiten. Wir werden beispielhaft eine Bemerkung einbringen.

In vorliegenden Budget 2025 ist auch zwingend ein Blick auf die Investitionen nötig. Die Investitionen verdoppeln sich quasi auf Nettoinvestitionen von über 20 Mio. Franken. Mit Abstand der grösste Posten ist das Schulhaus Allmend, für welches 10.8 Mio. Franken vorgesehen sind. Ob dieser Betrag bereits nächstes Jahr realisiert werden

kann, ist eher fraglich. Wichtig ist aber, dass der vorgesehene Kredit im Budget integriert ist, sodass – nachdem wir nach einer hoffentlich erfolgreichen Volksabstimmung grünes Licht haben – im nächsten Jahr rasch gestartet werden kann. Dank der tiefen Verschuldung (bzw. dem aktuellen Nettovermögen) können diese anstehenden Investitionen guten Gewissens realisiert werden. Noch nicht erwähnt habe ich die Ertragsseite. Der Gemeinderat rechnet für das laufende Jahr 2024 mit einem Überschuss anstelle des budgetierten Defizites von 6.2 Mio. Franken. Das ist sehr erfreulich – die Gemeinde kann einmal mehr mit einem deutlich höheren Steuerertrag als geplant rechnen. Mit dieser Information erstaunt es nicht, dass die Möglichkeit einer Steuersenkung in Betracht gezogen wird (einerseits von der GPK, wie vorhin gehört – dem Vernehmen nach werden wir das auch von anderen Fraktionen hören). Auch unsere Fraktion kann sich eine moderate Steuersenkung vorstellen. In unserem Verständnis für Verantwortung ist es aber in erster Linie wichtig, dass ein solcher Entscheid auf belastbaren Grundlagen baut, und Auswirkungen in der Zukunft aufzeigt. Besonders wichtig ist uns aber, dass wir der Gemeinde nicht einen längeren budgetlosen Zustand zumuten wollen. Unter diesen Voraussetzungen haben wir uns für die Überweisung der dringlichen Motion «Steuersenkung 2026» entschieden. Können wir uns das tatsächlich leisten? Wir glauben ja. Unsere Einnahmen schwanken zwar stark, aber die durchschnittlich 2 Mio. Franken, welche im AFP 2025 für die schwankenden Steuererträge eingestellt sind, könnten übertroffen werden. Auch die OECD-Mindeststeuer, welche nächstes Jahr für Horw einen Ertrag von gut 800'000 Franken bringt, und später 2.3 Mio. Franken, sind, wenn man die Signale des Kantons aufnimmt, eher konservativ geplant.

Die Mitte/GLP steht hinter dem ausgewogenen Budget 2025. Die Gemeinde ist auf dem richtigen Weg und darf durchaus über Steuersenkungen nachdenken – aber sie soll nicht vorschnell handeln. Die Mitte/GLP ist der Ansicht, dass es zielführender ist, wenn wir den AFP 2025 gemäss dem vorliegenden B+A 1757 auf den Weg schicken. Wir empfehlen somit, dem AFP 2025 unverändert zuzustimmen.

### **Eintreten L20/Junge L20**

Lukas Bucher (L20)

Die L20/Junge L20 hat den AFP 2025-2028 besprochen und ist mit diesem einverstanden. Für uns ist klar begründet, weshalb es nächstes Jahr zu den vorgesehenen Mehrausgaben kommen wird. Weiter laufen zurzeit einige Investitionsprojekte, bei welchen es 2025 zu Ausgaben kommen wird. Heute wird hier im Rat über eine mögliche Steuersenkung diskutiert. Wir als L20/Junge L20 halten es für wichtig, den Steuerfuss regelmässig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Eine solche Entscheidung muss jedoch sorgfältig analysiert werden, insbesondere im Hinblick auf die Finanzplanung der kommenden Jahre und die Ergebnisse der vergangenen Rechnungsabschlüsse. Eine vorgezogene Anpassung bereits für das Jahr 2025 würde allerdings zu erheblichen Herausforderungen führen, mit einem budgetlosen Zustand von bis zu einem halben Jahr zu Beginn des Jahres 2025. Solche Unsicherheiten gefährden die Stabilität der Horwer Verwaltung sowie den reibungslosen Fortschritt der laufenden Projekte. Für das Jahr 2025 stehen wir als L20/Junge L20 geschlossen hinter dem Steuerfuss von 1.45, wie im B+A vorgeschlagen.

Wir möchten betonen: Die Gemeinde gibt sich in ihrer eigenen Finanzstrategie 2026 die Vorgabe, Investitionen ins Verwaltungsvermögen zu mindestens 50 Prozent aus selbst erwirtschafteten Mitteln – also dem Cashflow aus Geschäftstätigkeit – zu finanzieren. Der aktuelle Cashflow der Gemeinde Horw ist jedoch in den Jahren 2025 bis 2027 unzureichend, die Verschuldung steigt, und die erwähnte Vorgabe kann frühestens ab 2028 erfüllt werden. Eine Senkung des Steuerfusses zu jedem Zeitpunkt in dieser Phase würde diese Situation weiter verschärfen. Wir müssen uns als Einwohnerinnen und Einwohner fragen, ob das wirklich sinnvoll ist.

Zusammenfassend: Unsere Fraktion unterstützt das Eintreten auf den B+A, die Kenntnisnahme des AFPs 2025-2028, die Annahme des Budgets, der Investitionen und des Steuerfusses für 2025. Auch die Globalbudgets, wie im AFP aufgeführt, finden unsere Zustimmung.

### **Eintreten FDP**

Stefan Maissen (FDP)

Mit dem AFP 2025 legt uns der Gemeinderat ein Budget mit einem starken Aufwandswachstum und einem Defizit von 5.87 Mio. Franken vor. Damit steht er in der Logik der letzten Jahre. Einmal mehr wachsen die Ausgaben prozentual deutlich schneller als die Bevölkerung, und dies nicht nur beim gebundenen Aufwand. Wie also ist der AFP zu bewerten? Zuerst dankt die FDP dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Ausarbeitung des AFPs 2025. Er ist sorgfältig und seriös aufbereitet worden. Wir nehmen den Budgetierungsprozess als professionell und mehrheitlich transparent wahr, auch wenn mit den Globalbudgets nach HRM2 nicht immer alles so einfach nachvollziehbar ist. Wir nehmen aber positiv zur Kenntnis, dass mit den Ressourcen in der Gemeinde grundsätzlich vorsichtig und gescheit umgegangen wird. Wir stellen dann aber doch in vielen Bereichen eine eher lockere Ausgabenpolitik fest, sei es im Personalaufwand oder im Sachaufwand. 20 Stellenprozente hier, eine zusätzliche Unterstützung zur Überbrückung dort. Diese bleibt in der Regel dann halt doch langfristig. Es finden sich auch im Sachaufwand immer wieder Posten, welche jährlich etwas höher sind. 12'000 Franken anstelle 10'000 Franken, sieht dann nicht nach viel aus, sind aber 20 Prozent. Der Spruch «Kleinvieh macht auch Mist» ist in diesem Zusammenhang sehr zutreffend. Wir sind auch überzeugt, dass gerade beim Sachaufwand gewisse Reserven budgetiert sind.

Wir geben dem Gemeinderat recht: Ein schöner Teil des Aufwandswachstums ist gebundener Aufwand, aber eben nicht nur. So ist die Personalaufwandsbudgetierung von plus 2 Prozent im jetzigen Umfeld doch sehr grosszügig. Da die Erhöhung nicht mit der Teuerung begründet werden kann – aktuell sind wir für 2024 bei circa 0.7 Prozent – sind jetzt halt Nachholbedarf und fehlende Mutationsgewinne die Begründung.

Ich habe es bereits gesagt: Der AFP 2025 reiht sich mit dem überproportionalen Ausgabenwachstum und dem erwarteten Ergebnis in die Logik der letzten Jahre ein: Auch dort sind regelmässig ein hohes Ausgabenwachstum und bescheidene Ergebnisse prognostiziert worden. Während die Prognosen für die Ausgabenseite relativ genau waren, ist die Einnahmenseite regelmässig viel zu tief budgetiert worden. Rund 102 Mio. Franken, meine Damen und Herren - um 102 Mio. Franken ist das Ergebnis

über die letzten acht Jahre, wenn man die aktuelle Prognose für 2024 miteinrechnet - im Total besser ausgefallen als dies vom Gemeinderat angezeigt wurde. Nur einmal in acht Jahren ist das Ergebnis ein wenig schlechter ausgefallen, nämlich 2023. Über die letzten fünf Jahre waren es pro Jahr 14 Mio. Franken mehr, nimmt man die letzten drei Jahre mit dem einen negativen Jahr, sind es immer noch 11 Mio. Franken Differenz pro Jahr.

Für die Einordnung dieser Zahlen hilft ein Blick in die aktuell gültige Finanzstrategie 2021 bis 2026. Diese hat vier Szenarien vorgesehen, Sie erinnern sich: Basis, Challenge, Stress und Optimo. Alle vier sind Makulatur. Wir sind heute bei allen Kennzahlen massiv über dem besten, dem sogenannte Szenario Optimo. Ich verzichte darauf, alle Kennzahlen zu zitieren und zu vergleichen. Als Beispiel kann die Nettoschuld pro Einwohner dienen, welche im Szenario Optimo rund 2'856 Franken betragen sollte, effektiv aber haben wir ein Vermögen von 2'212 Franken. Die Ergebnisse des Finanzplanes im Szenario Optimo haben von 2020 bis 2024 kumuliert ein Defizit von 4.98 Mio. Franken vorgesehen. Nun haben wir in diesem Zeitraum ein Plus von 57 Mio. Franken. Wir sind also nicht in einem der vier Szenarien, sondern im Szenario «Optimo + 62 Mio. Franken».

Ich erlaube mir ein Zitat aus der Finanzstrategie: «Im Sinne der rollenden Planung muss man die Situation laufend überprüfen und allenfalls zusätzliche Massnahmen ergreifen, wenn sich die Rechnungen negativer entwickeln als prognostiziert». Rhetorische Frage: Die laufende Überprüfung müsste doch eigentlich auch im positiven Fall passieren? Und siehe da: Im Fazit der Finanzstrategie steht dann tatsächlich: «Wie ersichtlich, kann im Basisszenario der bisherige Steuerfuss trotz der Einnahmehausfälle auf dem heutigen Niveau von 1.45 Steuereinheiten beibehalten und im Szenario Optimo im Idealfall sogar gegen Ende der Planungsperiode gesenkt werden.» Deshalb ist die FDP enttäuscht, dass der Gemeinderat nicht bereits jetzt von sich aus mit einem entsprechenden Vorschlag gekommen ist. Er wusste bei der Erstellung des AFPs, dass 2024 deutlich besser ausfallen würde. Jetzt geht er das Risiko ein, dazu gezwungen zu werden und muss dann ungemütliche budgetlose Wochen aushalten. Meine Damen und Herren - unsere Gemeinde steht kerngesund da. Wir haben grosse Investitionen gestemmt und Schulden abgebaut und die Aussichten sind definitiv besser, als diese vom Gemeinderat jedes Jahr wieder dargestellt werden.

Die FDP fordert deshalb per 2025 eine bescheidene Steuersenkung um 1/20 Einheiten im Sinne der Horwer Bevölkerung ein. Wir haben schon in den letzten Jahren angekündigt, dass eine Steuersenkung angestrebt wird, und haben dies auch immer hier im Rat kommuniziert. Wir sind der Meinung, mit dem sich abzeichnenden guten Ergebnis 2024 ist dieser Zeitpunkt gekommen. Unser Verständnis für Verantwortung ist, dass wir Volksvertreter sind. Wir werden deshalb einen entsprechenden Antrag stellen.

Die FDP ist für Eintreten.

### **Eintreten SVP**

Reto von Glutz (SVP)

Mit dem neuen Aufgaben- und Finanzplan budgetiert der Gemeinderat den nächsten Aufwandüberschuss von rund 5.78 Mio. Franken. Unvermeidlich sind die hoheitlichen Leistungsaufträge von Bund und Kanton, welche die Ausgabenseite auch in unserer Gemeinde in die Höhe treiben. Der Spielraum der Gemeinde ist – besonders bei Bildung und sozialpolitischen Aufgaben – stark begrenzt. Gleichzeitig bleiben die Ausgleichszahlungen der Gemeinde Horw an den kantonalen Finanzausgleich hoch. Umso wichtiger ist es – ich sage es wieder - dass man das Notwendige vom Wünschbaren trennt, und dass der Gemeinderat und der Einwohnerrat die Steuergelder dort ausgeben, wo es wirklich nötig ist. Mit der Sanierung und Ergänzung Schulhaus Allmend, den hängigen Projekten im Strassenbau (auch wenn sie blockiert sind) oder der Aktualisierung der IT-Sicherheit, haben wir grosse Brocken auszuführen. Folglich muss auf rein ideologische Ideen ebenso verzichtet werden wie auf den Ausbau der externen Beratung und dem Aufblasen des Verwaltungsapparats. Demgegenüber fallen im Aufgaben- und Finanzplan ein erneut steigender Personalaufwand durch neue Stellen und den Beizug von Dritten oder Fachkommissionen auf. Da fragen wir uns schon, wo der disziplinierte und kostenbewusste Umgang bleibt. Gilt es doch unbedingt, ein noch grösseres Defizit zu verhindern. Es gibt keine Garantie und ist alles andere als selbstverständlich, wenn dann Steuereinnahmen höher ausfallen als budgetiert. Vor diesem Hintergrund setzt sich die SVP seit Jahren für einen haushälterischen Umgang mit den vorhandenen finanziellen Mitteln ein, um die Finanzkraft der Gemeinde zu stärken und die Steuerbelastung der Bevölkerung zu verringern. So wäre aber auch eine nötige Umsicht im Umgang mit der Steuerbelastung möglich und wir halten es unsererseits für vertretbar, den Steuerfuss in der Gemeinde – einmal mehr – auf die Bühne zu bringen. Was das im Einzelnen heisst, führe ich in der Detailberatung aus. Ich erlaube mir aber den Hinweis, dass es hier im AFP die richtige Stelle ist, um «hier und jetzt» über den Steuerfuss zu entscheiden.

Zusammenfassend geht es uns bei der Diskussion um den AFP 2025 darum, durch ein gemeinsames Vorgehen eine verlässliche Strategie für die Horwer Bevölkerung mit Wirkung ab 2025, jedoch spätestens ab 2026 zu erreichen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den AFP 2025.

### **Stellungnahme Gemeinderat**

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

Vornweg danke ich Ihnen für die intensive Auseinandersetzung mit dem Bericht und Antrag. Nicht ganz unerwartet gehen die Meinungen über den Zustand unserer Gemeindefinanzen ziemlich weit auseinander. Je nach Standpunkt, Perspektive und Interpretation dieser verschiedenen Kennzahlen sieht es halt ein bisschen anders aus. Man kann die eine Kennzahl nehmen und daraus schliessen, dass es uns gut geht. Man kann die andere nehmen und daraus schliessen, dass unsere Finanzen in Gefahr sind. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo dazwischen.

Ich will einfach bezüglich der Erträge ermahnen, vor allem bezüglich der Steuererträgen, aber auch der anderen Transfererträge. Wir haben versucht, das dazustellen und ich werde nicht müde, es immer wieder zu sagen, diese sind zum Teil nicht gesichert. Als Beispiel nehme ich die erwähnte OECD-Mindeststeuer. Die sieht im Moment gut

aus, es sieht danach aus, als bekämen wir da etwas. Aber die Erhöhung, die steht in den Sternen geschrieben. Sie wissen alle, dass der Bund klamm ist und der Bund neue Ertragsmöglichkeiten sucht und eine davon ist, dass er auf seine OECD-Beschlüsse zurückkommt und die Kantone nicht mehr die Hälfte bekommen sollen, sondern nur noch einen Viertel, und dann sieht das plötzlich ganz anders aus, auch mit der Verteilung dieser OECD-Gelder an die Gemeinden.

Das gleiche ist mit unseren starken Steuerzahlenden. Wir unterscheiden uns von anderen Gemeinden nur durch das alleroberste Segment. Wir sind weder bei den tieferen Steuerzahlenden, noch bei den Mittleren, noch bei den Hohen irgendwie anders als eine andere Gemeinde. Aber wir haben oben eine kleine Zahl von sehr starken Steuerzahlern und deren Steuererträge - das habe ich auch schon mehrfach gesagt - die sind hochvolatil und sind nicht gesichert aufs Jahr. Von dem her sind wir gehalten, vorsichtig zu budgetieren. Wir haben das versucht, indem wir die zu erwartenden Steuererträge über mehrere Jahre aufgeteilt haben und das so im Finanz- und Aufgabenplan angezeigt haben. Wir haben aber auch sofort reagiert, nachdem wir gewusst haben, dass dieses Jahr ein bisschen besser ausfällt, dass man diese Position reduziert hat, weil man das Gefühl hat, wir haben einen Teil davon bereits konsumiert. Also insofern kann ich mit dem Vorwurf, dass ich als Finanzvorsteher und der Gemeinderat als Gesamtes eher zu pessimistisch in die Welt hinausschaut oder zu defensiv budgetiert, gut leben, weil ich will mich auf keinen Fall jemals dem anderen Vorwurf aussetzen müssen: In diesem Sinne bitte ich Sie, das zu berücksichtigen, wenn Sie nachher in die Detailberatung gehen.

## **Detailberatung**

Jürg Biese (FDP)

### **Bericht und Antrag**

#### **Aufgabenbereich: 111 – Behörden, ab S. 31**

Wie im Eintreten erwähnt, stelle ich im Auftrag der BVK bei S. 31, Kap. 7.1 Aufgabenbereich 111 - Behörden, Kap. 2.1 Leistungsbeschreibung und 2.2 Beschreibung Leistungsgruppen, stellvertretend für alle in den folgenden Aufgabenbereichen angeführten politischen Leistungsaufträge, welche unterteilt sind in die Kapitel 2.1 Leistungsbeschreibung und 2.2 Beschreibung Leistungsgruppen den folgenden Antrag auf Bemerkung: Bei den Beschreibungen «2. Politischer Leistungsauftrag (\*Beschluss)», bestehend aus den Kap. «2.1 Leistungsbeschreibung» und «2.2 Beschreibung Leistungsgruppen» sollen die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ersichtlich gemacht werden.

Der Grund für diesen Antrag auf Bemerkung ist, dass jetzt 30 Einwohnerrätinnen und -räte beim Studium des AFPs jeweils viel Aufwand betreiben müssen, um die Unterschiede dieser Leistungsbeschreibungen zu den vorangehenden AFPs herauszufinden. Der Gemeinderat würde uns unsere Arbeit wesentlich erleichtern.

In dieser Absolutheit ist der Gemeinderat gegen den Antrag. Der B+A ist ein Arbeitspapier, aber ein Arbeitspapier, welches nach aussen in Erscheinung tritt, welches auch von der Bevölkerung oder von interessierten Kreisen gelesen wird. Und in diesem Arbeitspapier kann es nicht angehen, dass man Veränderungen so kennzeichnet, dass

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

Passagen durchgestrichen oder farbig markiert sind. Insofern können wir Ihnen die Arbeit nicht ersparen, dass Sie den B+A lesen. Was wir aber machen können oder mindestens einmal versuchen können ist, dass wir summarisch am Ende des Kapitels Änderungen auflisten würden, dass Sie so übersichtsmässig einen Eindruck der Änderungen bekommen. Das betrifft aber nur den politischen Leistungsauftrag. Wir können Ihnen nicht ersparen, die Lagebeurteilung zu lesen. Diese wird - je nach Entwicklung der Lage - unter Umständen vollständig umgeschrieben. Ich bitte Sie deshalb, nicht an dieser Absolutheit der Bemerkung festzuhalten. Auch wenn Sie diese überweisen, werden wir sie nicht in dieser Absolutheit erfüllen können. Aber wir prüfen, ob wir summarisch pro Aufgabenbereich die Änderungen festhalten können.

Ich denke, was wirklich wichtig ist, ist der Beschrieb der Leistungsgruppe. Denn auf dem Beschrieb der Leistungsgruppen basiert schlussendlich dann das Budget. Das heisst, wenn sich die Leistungsgruppen verändern, müsste das eine Auswirkung auf das Budget haben. Und um das Budget nachher nachvollziehen zu können und dass der Einwohnerrat auch sagen kann, ob er mit dem Budget zufrieden ist oder nicht, muss er sagen, was die Leistungsgruppe beinhalten sollte oder nicht. Von dem her gesehen - mit der Lagebeurteilung okay - aber bei der Leistungsgruppe ist es aus meiner Sicht extrem hilfreich, wenn die Veränderungen sichtbar sind, sodass wir nachher auch beurteilen können, wie sich die Zahlen gegenüber dem Vorjahr verändert haben.

Ivan Studer (Die Mitte)

Danke Herr Studer für diese Unterstützung. Es geht nicht darum, dass man etwas fett darstellen oder durchstreichen muss. Abgesehen davon zweifle ich daran, dass der AFP von so viel Öffentlichkeit studiert und gelesen wird. Man kann die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr unten summarisch erwähnen – wie Sie vorgeschlagen haben – in beiden Kapiteln 2.1 Leistungsbeschrieb und 2.2 Beschrieb Leistungsgruppen.

Jürg Biese (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der FDP:

«Bei den Beschreibungen «2. Politischer Leistungsauftrag (Beschluss)», bestehend aus den Kapiteln «2.1 Leistungsbeschrieb» und «2.2 Beschrieb Leistungsgruppen» sollen die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ersichtlich gemacht werden.»

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

**Dem Antrag wird mit 24:0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

Auf S. 35, Anpassung der Gemeinderatspensen hat die L20/Junge L20 einen Antrag auf Bemerkung: «Die Mehrkosten sollen aufgeführt werden.»

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Die Begründung ist, dass bei der Anpassung der Entschädigung des Einwohnerrates die Mehrkosten ebenfalls aufgeführt wurden. Wir sind der Meinung, dass im Sinne der Gleichbehandlung und der Transparenz diese auch bei der Anpassung der Gemeinderatspensen aufgeführt werden sollen.

Grundsätzlich kann man dem nicht opponieren. Aber wenn Sie auf Seite 34 schauen, unten bei Aufgabenänderung Projekte, da haben Sie ja dort 111.02 Gemeinderat und dort steht Anpassung Gemeinderatsspensen, 300000 für das 2024 sind es 54'500 Franken mehr und nachher in den Folgejahren 157'000 Franken mehr. Das wäre eigentlich genau so, wie Sie es gewünscht haben.

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

Das ist so, aber beim Einwohnerrat hat man das auch aufgeführt unter Punkt 111.01 und dann kann man es auch im Lauftext gleich behandeln.

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Das ist der B+A an Sie, diesen werden wir nicht ändern. Und wenn Sie es jetzt mit dem Antrag auf Bemerkung aufnehmen, dann ist dieser nächstes Jahr wieder draussen, weil es nächstes Jahr einfach nicht mehr relevant ist.

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

#### **Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der L20/Junge L20:  
«Die Mehrkosten sollen aufgeführt werden.»

**Dem Antrag wird mit 14:9 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.**

#### **Aufgabenbereich: 112 – Stabsdienste (Kanzlei und Einwohnerdienste), ab S. 36**

Ich habe für die SVP-Fraktion eine Frage zur Position 112.02 Kommunikation: Sie haben dort den Wechsel Anbieter aufgeführt und die Lizenzkosten, bereits 2024 55'000 Franken. Jetzt steigt das für das Budget 2025 noch einmal auf 75'000 Franken und stürzt dann - vermutlich wegen den jährlichen Lizenzen, dazu meine erste Frage: Müssen Sie die Lizenzen jährlich bezahlen - auf 20'000 Franken zurück. Die Hauptfrage an den Gemeinderat ist aber, weshalb nach dieser grossen Ausgabe 2024 noch einmal 75'000 Franken für 2025 budgetiert sind. Fängt man noch einmal bei 0 an?

Reto von Glutz (SVP)

Es ist, wie wir es vermutet haben, aber ich wollte mich noch absichern. Im 2024 ist diesbezüglich noch nichts ausgegeben worden. Man hat im Verlaufe von 2024 gemerkt, dass wir noch gar nicht so weit sind, das ausgeben zu können. Wir müssen zuerst intern ein Grundkonzept Kommunikation erarbeiten und dann können wir erst an die Arbeit gehen und deshalb haben wir es für das Jahr 2025 noch einmal budgetiert.

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

#### **Aufgabenbereich: 113 – Freizeit und Sport, ab S. 43**

Zu Abschnitt 2.2 Beschrieb Leistungsgruppen: Wir reden hier vom Bereich Freizeit und Sport. Im Fliesstext redet man aber nur vom Bereich Sport und auch die verschiedenen Spiegelstriche beziehen sich grossmehrheitlich nur auf den Sport. Wir haben uns die Frage gestellt, wo denn der Bereich Freizeit abgedeckt wird, und möchten das für andere Jahre so mit auf den Weg geben.

Pius Barmet (GLP)

Danke für den Hinweis. Wir nehmen das gerne auf und werden das im nächsten AFP entsprechend so umsetzen, wie Sie das wünschen. Sollte es dort Punkte geben, werden diese aufgeführt.

Gaudenz Zemp (FDP)

S. 46, Antrag auf Bemerkung der die Mitte/GLP-Fraktion:

«Im Sach- und übrigen Betriebsaufwand sind 16'300 Franken für das Projekt «Box-up» zum Einschliessen der Pétanque-Kugeln vorgesehen. Wir finden diesen Betrag im Vergleich zum Angebot unverhältnismässig und empfehlen, dieses Projekt nicht zu realisieren».

Pius Barmet (GLP)

Dieser Antrag bezieht sich auf den Freizeitbereich. Wir haben festgestellt, dass im Sach- und übrigen Betriebsaufwand 16'000 Franken für das Projekt «Box-up» vorgesehen sind. Das wäre zum Einschliessen dieser Pétanque-Kugeln gedacht. Es ist zwar eine gute Idee, aber wir finden diesen Betrag unverhältnismässig und das wäre jetzt so ein Beispiel, wo wir eigentlich darauf verzichten können. Wir empfehlen, den Betrag für die Realisierung eines anderen Projektes zu verwenden. Dies ist ein Antrag auf Bemerkung und nicht ein Antrag, um das Globalbudget anzupassen.

Der Hintergrund dieser Massnahme ist eigentlich ein Wunsch des Einwohnerrates. Einerseits geht es um die Belebung des Dorfzentrums, und andererseits geht es aber auch ums Bewegen der Bevölkerung, also dass man da wirklich ein bisschen etwas dafür tut. Wir haben mit dieser Kiste – welche offen gewesen ist - probiert, Sachen zur Verfügung zu stellen, aber mit der heutigen Gesellschaft ist das offensichtlich einfach nicht mehr möglich. Weil das überall so ist, gibt es jetzt einen Anbieter, welcher solche Boxen anbietet, und das machen sie auch sehr erfolgreich. Es gibt viele Gemeinden, die das intensiv nutzen. Jetzt heisst es da in dieser Bemerkung, es gehe um die Pétanque-Kugeln. Das ist zu einfach zusammengefasst. Die Box ist ein modulares System. Man kann dort bis zehn solche Fächer haben und man legt pro Fach etwas rein. In einen Fach sind es Pétanque-Kugeln, im Anderen Pingpong-Schläger und im Nächsten Federball oder Frisbee oder Basketball. Man hat viele verschiedene Sachen drin. Zur Diskussion gestanden wären vier verschiedene Fächer. Pétanque-Kugeln wäre ein Fach davon gewesen, es geht nicht ausschliesslich um Pétanque-Kugeln.

Gaudenz Zemp (FDP)

Wir haben das aber im Gemeinderat besprochen und wir teilen die Einschätzung, dass die Initialkosten für vier Fächer mit 16'000 Franken relativ hoch sind. Es ist gleichzeitig aber auch die einzige Möglichkeit, welche vermutlich längerfristig funktioniert, deshalb nutzen es gewisse Gemeinden auch. Man kann nicht sagen, es sei eine schlechte Lösung, man kann auch nicht sagen, es sei eine wirklich zu teure Lösung, aber es ist vielleicht für Horw nicht die richtige Lösung und deshalb ist auch der Gemeinderat der Meinung, man könnte die Massnahme streichen. Wir verschliessen uns dieser Bemerkung nicht. Es geht darum, dass festgehalten ist, dass die 16'000 Franken nicht ausschliesslich für die Pétanque-Kugeln sind, das wäre nicht korrekt.

Grundsätzlich ist die Box eine wirklich gute Idee. Und ich würde dem Gemeinderat beliebt machen, alternative Lösungen zu prüfen. Es gibt effektiv deutlich günstigere Produkte auf dem Markt, welche so etwas anbieten. Also wenn es kein Antrag auf Streichung ist, dann würde ich zumindest die Prüfung wollen.

Stefan Maissen (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der die Mitte/GLP:

«Im Sach- und übriger Betriebsaufwand sind CHF 16'300 für das Projekt «Box-up» zum Einschliessen der Pétanque-Kugeln vorgesehen. Wir finden diesen Betrag unverhältnismässig im Vergleich zum Angebot und empfehlen dieses Projekt nicht zu realisieren».

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

**Dem Antrag wird mit 13:0 bei 12 Enthaltungen zugestimmt.**

Wird das jetzt als Bemerkung überwiesen oder wird der Betrag aus dem Budget gestrichen?

Stefan Maissen (FDP)

Es ist ein Antrag auf Bemerkung. Ich habe explizit gesagt, dass wir das Globalbudget nicht anpassen wollen. Es ist in dem Sinne nicht herausgestrichen. Mit einem Antrag auf Bemerkung ist es sauber protokolliert und der Gemeinderat weiss, dass er sich Gedanken machen muss, aber er hat immer noch einen gewissen Handlungsspielraum.

Pius Barmet (GLP)

**Aufgabenbereich: 202 – Finanzverwaltung, ab S. 72**

Ich habe Fragen zu Seite 78, Pos. 202.01, Überarbeitung Finanzstrategie. Erste Frage: Mich würde interessieren, wie bei dieser Erarbeitung das Vorgehen des Gemeinderats ist? Zweite Frage: Wird das Thema Steuersenkung in die entsprechenden Szenarien aufgenommen? Dritte Frage: Was wäre der Nutzen eines Zusatzberichtes zu dieser Finanzstrategie?

Stefan Maissen (FDP)

Das Vorgehen wird ähnlich sein wie das letzte Mal. Wir werden wieder mit Prof. Lengwiler die Finanzstrategie erarbeiten, im Gemeinderat beraten und Ihnen nachher unterbreiten. Von der zeitlichen Dimension her ist das - wenn Sie jetzt die Steuersenkung ansprechen - nicht unbedingt ein Thema in der Finanzstrategie. Dort kann es allgemein abgehandelt werden. Wie könnte es aussehen? Wir können uns vorstellen, dass man wieder Szenarien macht. Ich möchte jetzt aber noch nicht die Erarbeitung der Finanzstrategie vorwegnehmen. Hingegen die konkrete Steuersenkung würde man Ihnen wahrscheinlich in einem separaten B+A unterbreiten. Weil das dann vertiefere Analysen der gewissen Kennzahlen braucht, welche für die Kurzfristigkeit nichts in der Strategie zu suchen haben. Die Strategie wird die Steuersenkungen eher summarisch abhandeln im Sinne von verschiedenen Szenarien, hingegen eine konkrete Steuersenkung würden wir Ihnen dann mit einem separaten B+A unterbreiten.

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

**Aufgabenbereich: 301 – Bau und Umwelt, ab S. 86**

Es fällt uns jedes Jahr mehr auf, wie gerade im Aufgabenbereich Bau- und Umwelt Personalkosten ins Unermessliche steigen. Während wir Jahr für Jahr zusätzliche Stellen, zum Beispiel für Umweltschutzberatungen, bewilligt haben, wird jetzt gemäss Ziff. 30 auf Seite 92 der Personalaufwand auf einen Schlag mit rund 143'000 Franken steigen. Entsprechend hat die GPK in der Beratung auch kritische Fragen gestellt und Auskunft erhalten. Die SVP-Fraktion hat sich entschlossen, für folgende Positionen: Raumordnung Fr. 15'000 / Raumplanung Fr. 54'000 / Natur- und Umwelt Fr. 24'000 / Reduktion total Fr. 93'000 eine Kürzung zu beantragen. Erstens, weil wir es einfach

Reto von Glutz (SVP)

unverhältnismässig finden und zweitens, um der Tendenz, immer noch mehr externe Berater und Fachkommissionen hinzuziehen, sobald irgendein Bebauungsplan abgeändert wird, entgegenzutreten. Konkret soll der Personalaufwand von 1'659'826 Franken wie folgt gekürzt werden: Raumordnung 15'000 Franken, Raumplanung 54'000 Franken und die Natur- und Umwelt 24'000 Franken. Das gibt eine Einsparungsmöglichkeit von 93'000 Franken, was im Verhältnis zur gesamten Steigerung um über 140'000 Franken, dem betroffenen Departement immer noch ausreichend Spielraum für allfällige Engpässe lässt. Weil wenn wir das jetzt durchlassen, dann werden wir jedes Jahr noch weitere Kosten haben. Ich denke, das ist eine verhältnismässige und klare Zeichensetzung.

Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen. Ich mache gerne ein paar Ausführungen dazu. Bei der ersten Position Raumordnung von 15'000 Franken (es wurden übrigens alle Fragen in der GPK gestellt und die Zahlen kommen aus dieser Zusammenstellung, wie sich die 145'000 Franken zusammensetzen) geht es um die Fachkommission des Bebauungsplans Campus Horw. Wir haben heute zwei Fachkommissionen im Einsatz. Das ist die in «horw mitte» und die «Kernzone Winkel/Dorfkern». Und jetzt die des Campus, welche neu eingesetzt wurde. Die startet jetzt mit der Arbeit. Ich darf Sie erinnern, der Campus ist ein 600 Mio. Franken-Projekt und es ist ganz entscheidend, dass wir von Anfang an das Projekt begleiten und von Anfang an sicherstellen, dass das Projekt so umgesetzt wird, wie es aus dem Wettbewerb herausgekommen ist. Dass man die Versprechen, welche uns gemacht wurden und wir auch der Bevölkerung abgegeben haben im Zusammenhang mit der Zonenplanänderung und im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan, dass wir diese einfordern können. Dafür haben wir eine Fachkommission zusammengesetzt, welche aus zwei Jurymitgliedern des Campus-Projekts und aus zwei Mitgliedern der Fachkommission «horw mitte» besteht. Das ist wichtig, weil der Campus an das Gebiet «horw mitte» angrenzt und wir müssen sicherstellen, dass die beiden Bebauungen schlussendlich zusammen funktionieren und man nicht sieht, wo der Rand des einen Bebauungsplan ist und wo der Rand des anderen. Das ist absolut angemessen und es wäre schade, wenn man dort sparen würde und die Qualität dort nicht Einfordern würde.

Thomas Zemp  
(Die Mitte)

Die zweite Position ist die Grössere von 54'000 Franken. Da darf ich Ihnen sagen, was im Moment alles läuft in der Raumplanung und das ist sehr viel. Wir sind noch dran mit der Teilrevision der Ortsplanung, die gibt im Moment nicht gerade viel zu tun. Dort sind wir mit sechs Beschwerden im Beschwerdeverfahren drin. Aber wir haben drei Bebauungspläne, welche im Moment in Erarbeitung sind, nämlich die Zentrumszone Bahnhof - Teile Ost und West. Die sind sehr arbeitsintensiv mit den Richtprojekten, welche jetzt erstellt werden, die wir in den Bebauungsplänen abbilden wollen. Wir haben den Bebauungsplan Chrischona - ein privates Entwicklungsgebiet – bei welchem wir es sehr gut fänden, wenn es dort vorwärtsgehen würde. Wir haben den kommunalen Richtplan Seefeld, welcher in Arbeit ist. Als Beispiel darf ich Ihnen den Mitwirkungsbericht zeigen. Sie können sich in etwa vorstellen, wie viel Arbeit es gibt, wenn man 320 Rückmeldungen bearbeiten muss. Wir haben mehrere Gestaltungspläne, welche immer noch am Laufen sind, z.B. Langensand Süd, Rainli, Oberspissen, Bachstrasse, Birkenfeldweg. Dann haben wir die Platzgestaltung Winkel, welche ein Auftrag aus dem

Bebauungsplan ist. Da arbeiten wir mit der Korporation zusammen, um die Umgebung des Sternens vertiefen zu können. Weiter ist das Betriebs- und Gestaltungskonzept Bachstrasse (das ist eine Motion, welche als Postulat entgegengenommen wurde) in Auftrag gegeben worden. Dann ist es ziemlich dringend, dass wir in der Quartierentwicklung Riedmatt-Schöngrund einen Masterplan entwickeln, denn das Gebiet hat faktisch mit der Gestaltungsplanpflicht ein Bauverbot. Die Grundeigentümer müssen Gestaltungspläne entwickeln, und damit sie das machen können, dafür braucht es von der Gemeinde gewisse Vorgaben. Und auch noch ein Projekt, welches ansteht, ist – im Moment vielleicht noch nicht so dringlich - die ganze stadträumliche Entwicklung bei Horw Süd, also rund um die S-Bahnstation herum. Arbeit ist mehr als genug da. Wir haben darum auch seit längerer Zeit - und das war für uns sehr effizient - die Mitarbeiterin, Frau Schläpfer, in einem Teilpensum weiterbeschäftigen können. Das läuft unter Aushilfe, sie wurde vor circa zwei Jahren pensioniert und hat aber weitergemacht und wir sehen einfach, der Arbeitsaufwand ist da und er lässt nicht nach. Und wenn Sie uns nicht mehr ermöglichen, diese Ressourcen da einzusetzen, dann müssen wir Projekte zurückstellen. Dann stellt sich dann die Frage - und das darf mir dann Herr von Glutz sagen – ob er zum Beispiel findet, dass Chrischona ein privates Projekt ist, welches für die Gemeinde keine grosse Bedeutung hat. Das stellen wir jetzt 1-2 Jahre zurück. Wir könnten auch sagen – ich glaube zwar nicht, dass das der Fall ist - wir verzichten auf eine Fachkommission und lassen dafür den Campus ein bisschen laufen und schauen dann, was am Schluss herauskommt, wenn die 600 Mio. Franken investiert sind. Von uns aus gesehen ist das ganz wichtig ist und nicht am falschen Ort, dass man diese einsetzt.

Der dritte Punkt betrifft die Natur- und Umwelt. Dort ist es so, dass wir immer eine Praktikantin oder einen Praktikanten haben. Das ist ein Jahrespraktikum und Sie können sich vorstellen, am Anfang gibt das viel Aufwand und wenig Ertrag und gegen Schluss gibt es eben auch Ertrag. Und von uns aus gesehen wäre es zielführend - das haben wir auch schon gemacht bei der letzten Praktikantin - wenn wir sie/ihn noch ein halbes Jahr weiterbeschäftigen könnten und dann auch einen Nutzen haben von dem, was sie gelernt haben in diesem Jahr. Und es ist so, dass wir diese nicht weiterhin als Praktikant/in beschäftigen können, das wäre unfair, sondern wir müssen in dem halben Jahr auch einen anständigen Lohn zahlen. Das sind die Begründungen für die drei Positionen. Ich fände es schade, wenn Sie diese herausstreichen und ich bitte Sie auch kurz noch auf die Rechnung 2023 zu schauen. Die ist nämlich mit 1.581 Mio. Franken höher als das Budget 2024 und dann relativieren sich die 143'000 Franken vielleicht auch wieder. Dann sind es nämlich noch ungefähr 70'000 Franken, welche bleiben.

**Abstimmung:**

Änderungsantrag der SVP:

«Der Personalaufwand von 1'659'826 Franken sei wie folgt zu kürzen: Raumordnung: 15'000 Franken, Raumplanung 54'000 Franken, Natur und Umwelt: 24'000 Franken; Reduktion total: 93'000 Franken»

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

**Der Antrag wird mit 18:5 Stimmen, bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

Ich möchte noch kurz auf die Abstimmung zurückkommen. Und zwar geht es mir darum, dass ich das exemplarisch nehme für die Problematik, welche wir im Einwohner- rat haben, wenn wir solche Stellengeschichten anschauen. Sie steigen und steigen und Herr Zemp, es darf dann nicht sein, dass wenn man eine Praktikumsstelle hat und die weiterführt (wie sie es beschrieben haben, dass es Sinn macht und der Gemeinde auch wirklich etwas bringt), dass daraus schleichend eine Feststelle wird. Weil das müssen wir dann auch wieder aus dem AFP herauslesen und dann müssen wir dem- entsprechend auch, wie es vermehrt hier drin gesagt wurde, hinschauen und sagen: Nein, das machen wir jetzt nicht, dass es immer mehr Stellen gibt beziehungsweise der Verwaltungsapparat dementsprechend gross wird.

Leo Camenzind  
(Die Mitte)

**Aufgabenbereich: 501 – Immobilien und Sicherheit, ab S. 132**

Roger Georgy (SVP)

Bei der Position 501.20 Immobilienbewirtschaftung, Seite 137 E-Ladestationen, steht gemäss Projektplanung für E-Ladestation/Trafiko wird ein jährlicher Betrag von 30'000 Franken für die Realisierung solcher Anlagen budgetiert. Und zwar auch fortfolgend. Aus Sicht der SVP-Fraktion kann es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, die E-Ladestationen selber zu realisieren und zu betreiben und damit in den liberalisierten Energiemarkt einzugreifen. Der Betrieb muss unter Berücksichtigung aller Kosten wirtschaftlich sein und soll durch Energieunternehmen, private Investoren oder Immobilienbesitzer etc. selber erfolgen. Offenbar ist es auch ein Entscheid des Einwohner- rats, dass man keine eigenen Ladestationen betreibt. Der Antrag der SVP-Fraktion ist, dass wir die Position von 30'000 Franken jährlich wiederkehrend aus dem Budget streichen.

Bei dem Budgetposten geht es nicht darum, dass wir das Realisieren. Sondern es ist effektiv ein Planungsaufwand, welchen man mit der Trafiko machen möchte. Da geht es darum, dass man als Ziel hat, 20 Prozent der öffentlichen Parkplätze umzugestal- ten. Die Grundlage dafür ist das Konzept vom Gemeinderat betreffend smarte Mobili- tät, in welchem man verschiedenen Departementen Aufgaben auferlegt hat. Dazu ge- hört halt auch das Immobiliendepartement mit der Idee, dass man soll solche E-La- destationen ermöglichen soll und ich stimme Ihnen zu: Es geht nicht darum, dass wir das Finanzieren und es selber betreiben, sondern das ermöglichen. Und da geht es jetzt darum herauszufinden, welche Parkplätze sich dafür eignen und auch um Ver- handlungen mit möglichen Anbietern führen zu können und um Verträge, welche man abschliessen müsste, verschiedene Modelle zu prüfen und dafür bräuchten wir die Gelder. Es geht also nicht darum, dass die Gemeinde da selber baut.

Astrid David Müller  
(SVP)

Wenn ich auf Seite 138 schaue, steht ganz klar: 30'000 Franken sind für die Realisie- rung solcher Anlagen budgetiert. Ich verstehe natürlich, dass man ein Konzept braucht, aber das Wort Realisierung ist drin und ich bin nach wie vor der Meinung, das ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand und deshalb bleibe ich beim Antrag.

Roger Georgy (SVP)

Kann man aus dem Statement von Frau Gemeinderätin schliessen, dass solche Kosten, welche jetzt in der Planung anfallen, entsprechend beim externen Anbieter eingefordert würden? Ich gehe davon aus, dass das ein Initialaufwand ist, welcher die Gemeinde macht, welcher aber nachher - sofern ein Betreiber gefunden wird - dann dem Betreiber überwältzt wird. Dass dieser das auch übernehmen muss.

Ivan Studer (Die Mitte)

Zum ersten: Ich stimme dem zu - Realisierung ist wahrscheinlich nicht die glücklichste Wortwahl gewesen. Es ist wirklich nicht die Realisierung gemeint, sondern es ist die Planung gemeint und es ist natürlich klar, dass wir möglichst versuchen, das zu überwältzen. Es geht darum: Wir möchten Anbieter finden, wir müssen mit diesen Anbietern verhandeln. Wir brauchen auch eine Idee, welche Parkplätze sich eignen. Die weitere Idee ist ja, dass wir von unserer Fotovoltaikanlage den Strom verkaufen möchten. Und dafür brauchen wir einen gewissen Aufwand. Der Aufwand, wenn er nicht anfällt beziehungsweise wenn wir diesen überwältzen können, dann ist es ganz klar, dann wird dieser natürlich auch überwältzt. Wir müssen das jetzt sicher mal anzeigen und wir müssen für die Vorgehensweise ein Budget haben.

Astrid David Müller  
(SVP)

Ich schliesse mich im Votum von Herrn Studer an. Ich würde gerne einen Gegenantrag stellen, und zwar, dass der Aufwand, welchen wir jetzt für die Planung dieser E-Ladestationen betreiben, dass man sicherstellt, dass dieser dem Betreiber nachher weiterverrechnet wird. Das man also einen anderen Antrag überweisen würde, nämlich, dass das verrechnet wird.

Jürg Biese (FDP)

Das würden wir sehr begrüessen. Man macht etwas, aber die Umsetzung wird nicht zu Lasten des Steuerzahlers gemacht, sondern hat einen wirtschaftlichen Hintergrund und dann können wir auch gut dahinter stehen. Man sagt: Okay, man macht das, aber mit der Prämisse, dass es dann eben nicht den Steuerzahler kostet, sondern der Betreiber dann das in der Umsetzung auch aufnimmt und wirtschaftlich betreiben wird. Und in diesem Sinne können wir dann durchaus hinter dem stehen.

Reto Eberhard (SVP)

Es kann wirklich sein, dass wir einen gewissen Grundaufwand leisten müssen, welchen wir nicht verrechnen können. Es ist öffentlicher Grund, wir haben einen gewissen Planungsaufwand. Ich bin damit einverstanden, dass man sagt, es muss möglichst verrechnet werden. Aber wir müssen ja irgendwo anfangen können. Wenn wir das nicht garantieren können, dass wir alles verrechnen können, sind wir wie gelähmt und können eigentlich gar nichts machen. Also wir müssen jetzt erst einmal einen ersten Schritt machen, etwas initialisieren und dann bin ich auch der Meinung, dass man sagen kann, dass das möglichst weiterverrechnet werden soll.

Astrid David Müller  
(SVP)

Der neu formulierte Antrag auf Bemerkung von Jürg Biese ist eingeblendet:  
«Der Planungsaufwand für E-Ladestationen soll soweit möglich an die künftigen Betreiber weiterverrechnet werden.»

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

Es ist klar, es ist ein Gummibegriff. Aber ich verstehe, dass die Gemeinde irgendein Grundbetrag selber leisten muss. Aber ich gehe davon aus, dass das «Gros» dem künftigen Betreiber überwiesen werden kann.

Jürg Biese (FDP)

In Anbetracht dieser Formulierung ziehe ich meinen Antrag zurück.

Roger Georgy (SVP)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der FDP:

«Der Planungsaufwand für E-Ladestationen soll soweit möglich an die künftigen Betreiber weiterverrechnet werden.»

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

**Dem Antrag wird mit 18:7 Stimmen zugestimmt.**

**Aufgabenbereich: 600 – Steuerertrag, ab S. 163**

Stefan Maissen (FDP)

Wir haben es angekündigt, wir werden hier entsprechend einen Antrag stellen. Im Globalbudget der Erfolgsrechnung in diesem Bereich.

«Steuersenkung um 1/20. Mit entsprechenden Korrekturen:

- im Fiskalertrag 40 (minus 70'625'000.00 Franken anstatt minus 72'825'000.00 Franken)
- Im Budget KORE Globalbudget (minus 71'283'952.00 Franken anstatt minus 73'483'952.00 Franken)»

Die Argumente für die Steuersenkung habe ich bereits im Eintreten ausführlich erläutert. Unsere Gemeinde steht kerngesund da, wir haben die Investitionen gestemmt und Schulden abgebaut. Und die Aussichten waren immer besser, als der Gemeinderat das dargestellt hat. Die Finanzstrategie 2021 bis 2026 hätte eigentlich eine Steuersenkung vorgesehen – wir fordern das jetzt ein. Noch zur Verantwortung: Wir sind Vertreter des Volks und wir müssen in erster Linie für die Menschen von Horw eintreten und nicht für den Gemeinderat und die Verwaltung. Der demokratische Prozess sieht ganz klar vor, dass das Parlament im Rahmen der AFP-Debatte über den Steuerfuss befinden kann, allenfalls dann das Volk, wenn es entweder ein obligatorisches Referendum gäbe oder das Fakultative ergriffen würde. Insofern ist es nichts Ausserordentliches, den budgetlosten Zustand kann es geben. Wir wären nicht die ersten und ich bin der Meinung, es ist jetzt der richtige Zeitpunkt für die Steuersenkung.

Ja Herr Maissen, das haben wir gehört. Aber es ist ja so, dass in der GPK beziehungsweise im Rat die Meinung vorherrscht, dass man einen solch langen budgetlosen Zustand nicht machen soll. Der Rat hat sich bei den Eintreten entsprechend positioniert, darauf hinzuweisen. Auch bei der Gewichtung des AFPs kam heraus, dass eine Steuersenkung im Raum liegen sollte, aber es soll (weil auch wir die Vertretung der Bevölkerung sind) darauf geschaut werden, dass ein budgetloser Zustand so kurz wie möglich ist und ein gewisser Vorlauf eingerechnet wird. Deshalb ist das Argument einer Volksvertretung von Ihrer Seite da, aber auch von unserer Seite ist es da.

Leo Camenzind  
(Die Mitte)

Und da sind wir jetzt beim Thema Steuerfuss-Senkung. Sie kennen das Thema, die SVP hat es von länger Zeit und alle Jahre immer wieder vorgebracht. Unsere schöne Gemeinde Horw hat während Jahren einen Überschuss generiert und es hat dann gleichzeitig Aufwandüberschuss im AFP gegeben. Und es hat diesen Antrag in all diesen Jahren nicht gegeben. Nachdem aber jahrelang ein Ertragsüberschuss, zumindest mit einer Ausnahme, resultiert hat und da wir als Partei die Steuerlast für den Bürger und die Bürgerin möglichst tief halten möchten, wird die SVP-Fraktion die Gelegenheit nicht entgehen lassen und den Antrag der FDP unterstützen. Das ist ganz in unserem Sinn einer effizienten, sparsamen Politik und ich ersuche Sie, angesichts der heutigen Lage, den Antrag zu unterstützen.

Reto von Glutz (SVP)

Die Fraktion L20/Junge L20 spricht sich vehement gegen jegliche Begehren von Steuerensenkungen zum jetzigen Zeitpunkt aus. Unsere Gemeinde steht vor enormen Investitionen, welche im AFP abgebildet sind. Sei es mit dem Neubau des Schulhauses Allmend, der energetischen Sanierung von Gebäuden und erst recht mit der Umsetzung einer Neugestaltung des Seefeldes. Es sind die gleichen Stimmen und Kräfte, welche noch vor wenigen Monaten am Ergänzungsbau Allmend eine namhafte Tranche gestrichen haben, welche das Geld jetzt lieber zurückbehalten wollen, als es für die öffentlichen und gesellschaftlichen Aufgaben einer Gemeinde und des Zusammenlebens auszugeben.

Philipp Peter (L20)

Die genannten Aufgaben, Bauten und Investitionen sind die Kernelemente und Kernaufgaben, welchen eine Gemeinde nachkommen muss. Wir wollen die angestossenen Projekte auch in den nächsten Jahren weiterführen können, handlungsfähig bleiben und innovativ sowie als Gemeinde vorbildlich entscheiden und agieren können. Eine Steuerreduktion wird uns darin nicht nur beschneiden, sondern auch weitere Qualitätseinbussen zur Folge haben. Das Allmendschulhaus lässt grüssen. Wir haben genügend Beispiele im Kanton und in der Nachbarschaft, welche zeigen, was es heisst, wenn man nicht mehr zurückkann und der Steuerfuss ist immer rasch in die eine Richtung entschieden. Wir werden uns deshalb entschieden gegen diesen Antrag stellen.

Ich denke, die Aussage von Herr Peter war klar, das habe ich auch so erwartet. Ich habe viele Worte zu Ausgaben gehört, wir können das Geld ausgeben für die Bevölkerung. Das habe ich so mitgenommen. Womit es nichts zu tun hat, ist mit der Qualität von Bauten, es hat nichts zu tun mit Investitionen. Wir sind genau gleich fähig, die Investitionen in Zukunft zu tätigen. Wir haben momentan ein grosses Vermögen, das wissen alle. Wir haben keine schlechte Aussicht, auch mit einer Steuersenkung. Und den Link, es geht uns nicht schlecht und wir können investieren, der ist vollkommen falsch und dem möchte ich vehement widersprechen.

Stefan Maissen (FDP)

Ich gebe Herr Maissen recht. Grundsätzlich können wir uns das wahrscheinlich leisten. Aber wir sind nicht ganz sicher. Und deshalb sind wir der Meinung, wie wir es vorher schon gesagt haben, dass wir richtige Grundlagen brauchen. Man sollte tatsächlich die Auswirkungen aufzeigen. Welche Auswirkungen, auch auf die kommenden Jahre, hat eine Steuersenkung und nicht zuletzt: Wollen wir wirklich jetzt einen budgetlosen Zustand anstreben? Während Monaten wären der Verwaltung die Hände gebunden. Das

Pius Barmet (GLP)

würde auch die Bevölkerung und die Wählerschaft spüren. Deshalb sind wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht dafür, unmittelbar jetzt eine Steuersenkung zu machen.

Ich kann nur wiederholen, was Ihnen der Gemeinderat im B+A beantragt. Wir beantragen Ihnen jetzt keine Steuersenkung und möchten bei Ihnen beantragen, den Steuerfuss dort zu lassen, wo er ist. Das heisst aber nicht, dass sich der Gemeinderat grundsätzlich einer Steuersenkung verwehrt, aber wir wollen Ihnen auch die Möglichkeit geben, auf Basis von gesicherten Grundlagen, auf Kennzahlen, bei welchen Sie nachher wissen, wie sich eine Steuersenkung auswirkt, entscheiden zu können. Es ist so, Sie haben das letzte Wort. Sie sind demokratisch gewählte Volksvertreter. Umgekehrt ist dann der Gemeinderat auch eine nicht ganz undemokratisch gewählte Exekutivbeauftragte und hat die Aufgabe, Ihnen die nötigen Grundlagen in der nötigen Detaillierung zu unterbreiten, sodass Sie danach in Kenntnis aller Fakten entscheiden können.

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

### **Abstimmung:**

Änderungsantrag der FDP:

«Steuersenkung um 1/20 mit entsprechenden Korrekturen:

- im Fiskalertrag 40 (minus 70'625'000.00 Franken anstatt minus 72'825'000.00 Franken)
- Im Budget KORE Globalbudget (minus 71'283'952.00 Franken anstatt minus 73'483'952.00 Franken)»

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

### **Der Antrag wird mit 14:11 Stimmen abgelehnt.**

Wir haben gerade eine wegweisende Abstimmung hinter uns. Für das Jahr 2025 bleibt - zumindest betreffend Steuerfuss - alles beim Alten. Und trotzdem hat man für die nächsten Jahre gute Voten gehört. Das wir uns ja dieses und jenes leisten können. Das aus grundsätzlichen Gründen eine Ablehnung für die nächsten Jahre der Fraktion L20/Junge L20 kam, ist gesetzt und war keine Überraschung. Dass aber die Mitte/GLP-Fraktion, welche sich Jahre dazu nicht geäussert hat und meiner Erinnerung nach auch nie für eine Steuersenkung Hand geboten hat, und dann innerhalb einer Woche vor der entscheidenden Sitzung zum AFP 2025 eine dringliche Motion eingibt und eine Steuersenkung auf 2026 hergibt, ist dann doch ein bisschen befremdend. Das Ganze dient dazu, dass die Finanzdebatte, welche wegweisend für unsere Gemeinde ist, eigentlich doppelt geführt wird. Ich habe mir deshalb auch überlegt, ob wir das Geschäft überhaupt behandeln wollen – ich meine natürlich die dringliche Motion. Sie ist jetzt auf der Traktandenliste und ich denke, es ist einfach sachlich nicht gerechtfertigt, das Thema separat zu behandeln, sondern es ist ein Teil des Aufgaben- und Finanzplans 2025. Und ich möchte einen Antrag auf Bemerkung stellen - ziemlich spontan, und damit eine hoffentlich mehrheitsfähige Lösung bringen. Vor allem auch von Euch, die Mitte/GLP-Fraktion, damit wir das Thema hier im Rahmen des AFPs 2025 verabschieden können. Ich beantrage dem Einwohnerrat - es ist ein Antrag auf Bemerkung, weil es ein Auftrag an den Gemeinderat sein soll - nicht überhastet, sondern dass er im Rahmen der Verwaltungsabklärungen 2025 im Hinblick auf das Budget 2026 folgendes prüft: Der Gemeinderat wird beauftragt, im Aufgaben- und Finanzplan 2026 eine Steuerfuss-Senkung um 1/20 Einheit miteinzuberechnen.

Reto von Glutz (SVP)

Es mag sein, dass es dem Ziel der dringlichen Motion von Herrn Wiest und der die Mitte/GLP-Fraktion entspricht. Aber aus meiner Sicht ist es hier formell am richtigen Platz und es ist vor allem ein klarer Auftrag, dass man innerhalb der nächsten 365 Tagen alle Plus und Minus, alle Risiken und Chancen abwägen kann und von mir aus gibt es nachher einen internen Bericht, eine Finanzstrategie, welche im 2. Quartal wieder in den Einwohnerrat kommt. Aber ich beantrage, im Aufgaben- und Finanzplan 2026 eine moderate Steuerfuss-Senkung von 1/20 Einheit vorzusehen. Und das verschliesst ja nicht – die L20/Junge L20 kann weghören – dass es sogar eine höhere Steuerfuss-Senkung sein darf, wenn man dann wirklich einen ausserordentlichen Ertrag haben sollte – aber jetzt träume ich vielleicht. Deshalb – moderat. Aber bitte nehmt das doch auf, dass wir das Ziel gemeinsam für die Horwer Bevölkerung erreichen.

Herr von Glutz, ich verwehre mich dagegen, dass Sie sagen, die Mitte/GLP hat in den vergangenen Jahren nicht Hand geboten, so etwas zu diskutieren. Man sieht schon nur in der GPK wurde das Ganze entsprechend aufgenommen, und ist nicht verneint worden. Sie haben es richtig umschrieben. Wenn Sie das so machen, dann gehen Sie genau auf das ein, was die dringliche Motion hätte bringen sollen, beziehungsweise, weshalb sie eingereicht wurde. Man wollte explizit darauf hinweisen, dass man keinen Schnellschuss machen soll und wirklich das Ganze anschauen und fundiert unterlegen, was da auf uns zukommt. Es geht aber auch darum, dass wir der Bevölkerung schuldig sind - das habe ich vorher schon ein paarmal gesagt - dass man den budgetlosen Zustand vermeiden will, welcher bis im Mai alles blockiert. Ansonsten muss man einen Sonder-Abstimmungstermin verlangen, welcher auch wieder entsprechend Aufwand und Kosten generiert. Deshalb haben wir die dringliche Motion eingereicht. Wir bieten Hand und Ihr Votum legt das dar. Und es zeigt, dass wir immer bereit waren, über das Ganze zu diskutieren.

Leo Camenzind  
(Die Mitte)

Ich unterstütze den Antrag, dass wir heute schon unseren Steuerzahlern - und ich erinnere mich an die Aussagen von Herrn Gemeinderat Hans-Ruedi Jung - dass man mit sehr patenten Steuerzahlern frühzeitig Gespräche führt und sie auch Strategien entwickeln, wie sie ihre Steuern zahlen können und müssen und wenn sie heute wissen, dass 2026 eine Steuerfuss-Senkung bevorsteht, gibt das diesen sicher auch eine gewisse Planungssicherheit. Weil wenn jemand nächstes Jahr viel Steuern zahlen muss, was macht dieser jetzt? Ist er der Geprellte? Eigentlich hat die Gemeinde genügend Geld. Wir haben genügend Eigenkapital. Von dem her könnte er auch erwarten, dass es schon nächstes Jahr passiert. Es sind vielleicht Diskussionen vorprogrammiert. Aber wenn Sie wissen, dass es dann ein Jahr später kommt, können sie es vielleicht noch irgendwie planen, von dem her finde ich den Vorschlag gut und unterstütze diesen.

Jürg Biese (FDP)

Die weitere Diskussion und die Abstimmung erfolgen nach der Pause.

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

Wir sind vor der Pause beim Antrag stehen geblieben. Unsere Fraktion hat ja eine Motion eingereicht. Aber ich kann da transparent sagen, auch in unserer Fraktion haben wir uns die Überlegung gemacht, ob wir einen Antrag in dieser Art und Weise stellen wollen. Das war eine Abwägung in der Fraktionssitzung. Wir können jetzt auch hinter dem eingebrachten Antrag stehen und würden diesen unterstützen.

Pius Barmet (GLP)

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stimmen wir über den Antrag auf Bemerkung der SVP-Fraktion ab.

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der SVP:

«Der Gemeinderat wird beauftragt, im Aufgaben- und Finanzplan 2026 eine Steuerfuss-Senkung um 1/20 Einheiten mit einzuberechnen.»

**Dem Antrag wird mit 18:7 zugestimmt.**

Da der Antrag angenommen wurde, möchte ich etwas zu meiner Motion sagen. Erstmal danke an die SVP für den Kompromiss-Antrag, welcher wie erwähnt durchaus in unserem Sinn ist. Wir nehmen aus den Fraktionen wahr, dass die Ausarbeitung eines B+As nicht überall gut ankommt. Wir haben das in der Fraktionssitzung als bestes Mittel identifiziert, aber schlussendlich geht es nicht um das Mittel, sondern um die Sache. Und ich gehe davon aus, dass dieser Antrag auf Bemerkung vom Gemeinderat im gleichen Sinn wie meine Motion entgegengenommen und bearbeitet wird. Und deshalb ziehe ich meine Motion zurück.

Marc Wiest  
(Die Mitte)

Mit dem Rückzug der Motion ist die Traktandenliste wieder so, wie diese zugestellt wurde.

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

**Abstimmung Beschluss:**

1. Der Aufgaben- und Finanzplan für die Periode 2025 bis 2028 wird einstimmig mit 25:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.
2. Das Budget für das Jahr 2025 wird mit einem Aufwandüberschuss von 5'779'070.00 Franken sowie Investitionsausgaben von 22'047'000.00 Franken ins Verwaltungsvermögen und einem Steuerfuss von 1.45 Einheiten mit 19:0 bei 6 Enthaltungen beschlossen.

3. Die Globalbudgets der nachfolgend genannten Aufgabenbereiche inkl. politischer Leistungsaufträge werden mit Änderungen, wie sie aus der Beratung hervorgegangen sind, mit 25:0 Stimmen genehmigt.

**Aufgabenbereiche:**

111 - Behörden	401 - Gesundheitswesen
112 - Stabsdienste (Kanzlei und Einwohnerdienste)	403 - Sozialhilfe und -beratung
113 - Freizeit und Sport	404 - Kultur
121 - Bildung	405 - Gesellschaft
201 - Organisation und Personal	501 - Immobilien
202 - Finanzverwaltung	502 - Liegenschaften Finanzvermögen
203 - Finanzdepartement Übriges	503 - Feuerwehr
301 - Bau und Umwelt	504 - Werkdienste
302 - Gemeindewerke	505 - Abfall
	600 - Steuerertrag

**Gesamtabstimmung:**

**Dem Bericht und Antrag Nr. 1755 Aufgaben- und Finanzplan (AFP 2025) wird einstimmig mit 25:0 zugestimmt.**

**3. Fragestunde**

-

**4. Postulat Nr. 2024-785 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Machbarkeit bzw. Erstellung eines Velo-Kellers in «horw mitte» evaluieren**

Die Stellvertretung des Postulanten Herr Röllli hat das Wort.

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

Jürg Biese (FDP)

Mit der Verabschiedung des «B+A Nr. 1694 Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw» hat der Einwohnerrat am 31. März 2022 beschlossen, dass dieser Bebauungsplan in zwei Bebauungspläne, neu mit «Zentrumszone Bahnhof Horw Teil West» und «Teil Ost» bezeichnet, aufgeteilt und festgesetzt werden soll. In diesem B+A hat der Gemeinderat beschrieben, wie der Ablauf für die neuen Bebauungspläne Ost und West aussehen sollen. Für den Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw Ost waren eine Mitwirkungsaufgabe, die kantonale Vorprüfung und eine öffentliche Auflage mit Beschluss- und Genehmigungsverfahren im Zeitraum zwischen dem 1. Quartal 2023 und dem 4. Quartal 2024 vorgesehen. Im vorliegenden Postulat von Urs Röllli geht es um den Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof auf der Ostseite der Bahn- gleise, zu dem die Grundstücke 472, 508, 509, 510 und 3089 zählen. Urs Röllli und die Mitunterzeichnenden des Postulats weisen darauf hin, dass die zunehmende Flut von Velos aller Art betreffend Abstellmöglichkeiten und -flächen eine enorme Herausforderung in dicht besiedeltem Gebiet darstellen. Während man den Siedlungsraum und die Freiflächen zwischen den immer grösser werdenden Bauten versucht qualitativ aufzuwerten, wirkt die grosse Menge von Velos, wie zum Beispiel am Bahnhof Luzern, derer Aufwertung entgegen. Wie wir vom Gemeinderat erfahren und aus dem kantonalen Veloroutenplan schon entnommen haben, bestehen Gedanken, die heute unglücklich gelöste Wegführung für die Radfahrer auf der Ringstrasse zwischen dem Kreisel

Bahnhof und dem Kreisel Steinibach, und unter der Bahnstrecke der Zentralbahn durch, im Rahmen einer Verbreiterung respektive mit einem separaten Velotunnel zu verbessern. Erste Vorinvestitionen und Vorarbeiten sind bereits getätigt worden. Im Zusammenhang mit der Unterführung bietet es sich deshalb an, die Möglichkeit eines Velokellers zu prüfen, damit eine grosse Anzahl von den um den Bahnhof Horw herum abgestellten Velos unterirdisch parkiert werden könnten.

Die Postulanten und Postulantinnen bitten deshalb den Gemeinderat, eine solche Möglichkeit eines Velokellers hinsichtlich Machbarkeit und entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen für eine spätere Realisierung zu prüfen, und eine Kostenschätzung für ein solches Projekt vorzunehmen. Die Gelegenheit ist da, ein solches Vorhaben mit den privaten Bauten auf den vorgenannten Grundstücken gerade zu kombinieren und wir danken für die Überweisung des Postulats.

Der Gemeinderat lehnt das Postulat ab. Wir sind der Meinung, dass die notwendigen Veloparkplätze oberirdisch angeordnet werden können und ein allfälliger Velokeller wahrscheinlich eher klein ausfallen würde. Ich weiss nicht, was sich die FDP vorstellt: 100 oder eher 200 Abstellplätze? Wenn man es von der Realisierung her anschaut: Die Annahme ist ein Volumen für 100 Veloabstellplätze. Das steht in einem ungünstigen Verhältnis. Ein solcher Velokeller müsste circa 3 Meter unter dem Boden sein und eine vernünftige Raumhöhe haben, damit das nicht einfach ein dunkles Loch ist. Und wenn Sie sich vorstellen, mit einer 6-prozentigen Steigungsrampe braucht das allein 50 Meter, um die Höhendifferenz zu überwinden. Natürlich kann man vielleicht auch 10 Prozent machen, aber es sind dann immer noch 30 Meter, welche rein die Rampenlänge braucht. Wenn Sie sich das vorstellen wollen, können Sie die heutige Unterführung am Bahnhof anschauen gehen, wie lange diese Rampe ist, welche dort runterführt. Und jetzt könnte man natürlich die Überlegung machen, ob man einen Teil dieser damaligen Unterführung, welche noch im Boden drin ist, weiter brauchen will. Das rechnet sich aber insofern nicht, weil die Unterführung zu schmal ist. Also könnten wir nicht einmal beidseitig Velos hineinbringen und sie ist auch zu schlecht erschlossen, man müsste sie neu erschliessen. Man müsste wirklich eine neue Rampe bauen und diese braucht, im Verhältnis zur Grösse des Velokellers, recht viel Platz. Es ist auch generell schwierig, einen solchen unterirdischen Raum attraktiv zu gestalten, sodass er tatsächlich gebraucht wird, dass man nicht Angst hat, dort runterzugehen. Also braucht es eine gewisse Grösse und er muss auch hell sein. Man sieht das am Bahnhof in Luzern. Dort ist ein sehr grosser Velokeller, aber die Realität zeigt, dass die Leute lieber draussen parkieren, wenn Sie die Möglichkeit haben. Jetzt könnte man sich natürlich überlegen, ob man es in Zusammenhang mit dem Ausbau der Unterführung machen kann. Dort ist es einfach so, dass das Projekt erstens im Moment beim Kanton gestoppt ist und zweitens, dass der Kanton sich auch Überlegungen macht, ob er nicht eher eine Überführung statt einer Unterführung für die Velos will. Und was definitiv klar ist, dass die Veloführung auf der Südseite der Ringstrasse und auch die auf der Nordseite, dass diese nachher im Einrichtungsverkehr laufen wird. Also auch selbst wenn man dort noch irgendwo einen Velokeller machen will, dann ist es von der Erschliessung her noch schwierig. Und wenn man dort einen Velokeller machen will, welcher von der Unterführung her erschlossen ist, dann müsste dieser mehr oder

Thomas Zemp  
(Die Mitte)

weniger direkt unter den Bahngleisen liegen und das wird sehr teuer. Wenn Sie jetzt einfach mal ein solcher Volumenvergleich machen von dieser neuen Unterführung, welche wir an der Wegmatt gebaut haben (ich weiss nicht mehr genau, was diese gekostet hat, +/- 10 Mio. Franken), wenn Sie schauen, was für ein Volumen im Boden drin ist – also wie viele Velo man jetzt in diese Unterführung hineinstellen könnte. Wenn Sie 100 Veloabstellplätze möchten, dann kostet es 10 Mio. Franken, dann kostet ein Veloabstellplatz 100'000 Franken. Der Gemeinderat hat das Anliegen oberflächlich geprüft und eine grobe Abschätzung gemacht. Wir haben das Gefühl, dass es nicht realistisch ist, dass wir im Horwer Baugrund zu vernünftigen Preisen einen vernünftig grossen Velokeller bauen können, bei welchem die Stückpreise noch zahlbar sind.

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir das Postulat nicht entgegennehmen wollen.

Danke Herr Zemp für diese Ausführungen. Ich halte daran fest bzw. ich finde, dass das Beispiel der Unterführung Wegmatt wahrscheinlich ein Schlechtes ist. Dort ist es eine Unterführung und hier geht es um einen Abstellraum für Velos. Und wenn ich in diesen Freiräumen an die Belastung denke, welche wir heute haben, welche immer dichter werden, dann ist das für uns eine Beeinträchtigung der Lebensqualität, der Lebensräume, und das könnte man mit einer unterirdischen Parkierungslösung für 100 Velos, wie Sie jetzt gesagt haben - das wäre ja genau dann das Thema, welches man in einer solchen Machbarkeit überprüfen würde - wie viele denn Sinn machen. Natürlich ist es eine teurere Lösung als eine Übertag-Lösung, bei welcher man ein paar Veloständer hinstellt mit den Anlehnbügeln, bei welchen man sich sein Velo durch das Anstellen gerade noch ruinieren kann. Wenn ich an die Velokeller der Kantonsschule Luzern denke oder an diese beim Bahnhof im alten Posttunnel oder an der Zentralstrasse 6 bis 18, dann sind dort keine 50 Meter langen Rampe in die untertägigen Velokeller gebaut worden. 3 Meter Höhenunterschied - es braucht keine 6 Prozent, weil man nicht mit den Velos in die Velokeller hineinfährt (wie bei einer Unter- oder Überführung), die Velos werden gestossen. Das habe ich vor 35 Jahren am Alpenquai schon gemacht und das macht meine Tochter heute auch an der Hochschule an der Zentralstrasse. Und gemäss dem Leitfaden des Tiefbauamts der Stadt Zürich – das habe ich jetzt einfach gerade so schnell gefunden - sind bei überdachten Rampen bis zu 12 Prozent Steigung oder Neigung möglich, also wären das dann noch 25 Meter. Dass ein Velokeller ein dunkles Loch ist, wenn man das Licht nicht anmacht, das liegt in der Natur eines Kellers, welcher normalerweise keine Fenster hat. Aber mit genügend Licht findet man sich auch in einem praktisch beleuchteten Keller von geringerer Grösse zurecht. Und das, was Sie vorhergesagt haben, was Sie relativ oberflächlich geprüft haben, das wäre eigentlich die Erwartungshaltung der Postulantinnen und Postulanten, dass man das ein bisschen tiefgründiger prüft. Darum hoffe ich immer noch, dass das Postulat überwiesen wird.

Jürg Biese (FDP)

Der Vorstoss hat in unserer Fraktionssitzung ebenfalls zu Diskussionen geführt, und wenn wir jetzt schon Herr Zemp gehört haben, wäre ich froh, wenn er noch ein bisschen ausführen könnte, was denn die nächsten Schritte sind und in welchem Zeithorizont die jetzigen Veloparkplätze eine Aufwertung erfahren würden. Etwas, was beispielsweise ungünstig ist, ist, dass die jetzigen Parkplätze nicht oder nicht genügend

Philipp Peter (L20)

gedeckt sind. Dieser Anspruch, dass die Velos am Schärmen wären, würde ein Velokeller unbestrittenen erfüllen, vielleicht so wie das beim Bahnhof Mattenhof ist. Was ist geplant und wann könnte man mit einer Optimierung rechnen?

Heute zeigt die Situation, dass die Parkplätze auf der Westseite, so glaube ich, gut genutzt werden – nicht überlastet. Diese sind gedeckt. Die auf der Ostseite, welche offen sind, werden heute schlecht genutzt. Man hat heute kein Problem von zu wenig Abstellplätzen. Das mag tatsächlich daran liegen, dass sie nicht überdacht sind. Wir haben, so glaube ich, ein Doppelstockmodul bestellt, welches überdacht ist. Das sollte in den nächsten Wochen oder sicher Monaten geliefert werden. Dann stellen wir das auf und wir werden sehen, ob dann der Bedarf steigt. Die Doppelstockmodule am Bahnhof Mattenhof sind im oberen Stock schlecht ausgelastet. Solche Doppelstockmodule waren auf der Bahnhofplatzgestaltung schon immer vorgesehen. Wir hatten diese bis jetzt noch nicht bestellt, weil die Nachfrage nicht da war. Aber wir bestellen jetzt eines und dann schauen wir, ob sich die Nachfrage ändert, wenn es dasteht und überdacht ist. Und sonst sind wir im Moment dran, gemeinsam mit der Bauherrschaft, den Bebauungsplan Teil Ost weiterzuentwickeln. Wir haben dort auch noch Überlegungen gemacht, wie man die Ausführung noch optimieren könnte und näher ans Perron bringt. Das gibt dann auch wieder eine andere Ausgangslage, wo ich mir heute die Frage stellen muss, wo man überhaupt noch eine Zugangsrampe machen könnte, um in den Keller runterzukommen. Am Bahnhof Luzern zeigt es sich auch, dass das mitunter eines der Probleme ist, dass man über die Wendeltreppe mit dem Velo runtergehen muss und der Velokeller deshalb nicht genutzt wird, wenn man oberirdisch eine Alternative hat. Ich glaube, die Luzerner sind im Zusammenhang mit dem Durchgangsbahnhof auch am überlegen, wie sie den Velokeller dann besser erschliessen können. Und wir sehen es ja auch an unserer Unterführung. Wir haben auch schon die Überlegung gemacht, ob man dort, wo jetzt die Türe mit dem Fisch ist, das als Veloraum zur Verfügung stellen möchte. Wir haben heute schon das Problem, dass auch in dieser Unterführung Velo gefahren wird, obwohl es klar nicht zulässig wäre.

Thomas Zemp  
(Die Mitte)

Ich bin grosser Befürworter und täglicher Velofahrer - also Befürworter von guten Abstellplätzen. Ich finde das Postulat ist jetzt ein typischer Fall, wie man einfach die Verwaltung oder den Gemeinderat beübt. Genau vor zwei Jahren wurde ein Velokeller - eine unterirdische Velostation - in Luzern abgelehnt. Diese hätte Platz geboten für 1'200 Velos für 19 Mio. Franken. Also nicht wie im Beispiel vom Herrn Zemp ausgeführt 100'000 Franken pro Platz, sondern 17'000 Franken pro Platz. Das war aber bei weitem nicht mehrheitsfähig. Deshalb habe ich das Gefühl, könne man auf die Überweisung des Postulats verzichten.

Pius Barmet (GLP)

**Abstimmung:**

**Das Postulat wird mit 13:7 Stimmen bei 6 Enthaltungen nicht überwiesen.**

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

## **5. Postulat Nr. 2024-789 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Nachhaltige Gewinnausschüttung bei REAL für beteiligte Gemeinden einfordern**

Die Gemeinde Horw und REAL haben drei spannende Gemeinsamkeiten. Beide haben ein hohes Eigenkapital von über 260 Mio. Franken, beide machen regelmässig hohe Gewinne und beide möchten ihre Stakeholder nicht an den Ergebnissen teilhaben lassen. Aber jetzt im Ernst, zum Postulat: Gemäss den publizierten Geschäftsberichten von REAL sind in den letzten Jahren sehr grosse Gewinne erzielt worden, insbesondere aus der 44 Prozent-Beteiligung an der Renergia. So hat im Jahr 2023 der Gewinn 13.3 Mio. Franken und das Eigenkapital 288.7 Mio. Franken betragen. Wir sind der Meinung: REAL soll jetzt - 11 Jahre nach der letzten Ausschüttung - einen Teil dieses Geldes den 22 Gemeinden in seinem Verbandsgebiet wieder zurückgeben. Mit den ausgeschütteten Dividenden kann Horw die Grundgebühr für jede Liegenschaft allenfalls senken – oder mit Blick auf die sich langsam leerende Spezialfinanzierung - nicht oder nicht allzu stark zu erhöhen. Profitieren können alle Horwerinnen und Horwer über die Nebenkostenabrechnung. Es ist mir auch ein Anliegen, dass REAL auch in den Folgejahren auf eine Gewinnausschüttung der Renergia AG drängt, damit REAL die Gemeinden wiederum beteiligen kann. Natürlich nur, wenn es die finanzielle Lage von REAL und der Renergia AG zulässt, das habe ich im Postulat ja auch geschrieben.

Stefan Maissen (FDP)

Das Postulat ist in diesem Zusammenhang als eine Unterstützung für unseren Delegierten der Gemeinde Horw zu verstehen.

Vorweg stellt sich die Frage, was der Postulant und die Mitunterzeichnenden unter «nachhaltige Gewinnausschüttung» verstehen. Über den Begriff «nachhaltig» wird kontrovers diskutiert. Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 verstand unter dem Begriff «Nachhaltigkeit» ein Bündel gleichrangiger ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele. Inzwischen sind die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung auf 17 angewachsen. In der Forstwirtschaft, die mir näher liegt, orientiert sich der Begriff eher am Verhältnis von Holzzuwachs zu Holznutzung, während in den Wirtschafts- und Finanzwissenschaften der Begriff eher im Sinne eines anhaltenden wirtschaftlichen Erfolgs verwendet wird. Aufgrund des Postulatstextes ist eher davon auszugehen, dass der Begriff «nachhaltige Gewinnausschüttung» gemäss der Definition der Wirtschafts- und Finanzwissenschaften auszulegen ist. Einer weiteren Präzisierung bedarf die Ansicht, wonach die Gewinnausschüttung bei REAL stattzufinden hat. Dies ist nur teilweise richtig. Der Erfolg von REAL im Bereich Abfall stammt zum grössten Teil aus der Beteiligung an der Kehrichtverbrennungsanlage Renergia in Root. Die Renergia Zentralschweiz AG ist seit ihrem Bestehen wirtschaftlich sehr erfolgreich. Deren Gewinne wurden jedoch in der Vergangenheit nie ausgeschüttet. So nahm der Buchwert der Beteiligung von REAL an der Renergia AG zwar jährlich zu, doch auf die Liquidität von REAL hatte dieser Erfolg keinen Einfluss. Wir haben eine aufgeblasene Bilanz, ohne über die nötige Liquidität zu verfügen. REAL ist mit 44 Prozent an der Kehrichtverbrennungsanlage Renergia AG beteiligt. Die übrigen Anteile werden von weiteren Abfallentsorgungsverbänden gehalten. In den vergangenen Jahren zeigten sich die Eigentümer von Renergia AG in keiner Art und Weise geneigt, die Gewinne

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

ihrer Firma an die beteiligten Abfallentsorgungsverbände auszuschütten. Die Gründe dafür sind vielfältig.

In den letzten paar Jahren hat die Controllingkommission von REAL, deren Präsident ich sein darf, immer wieder angemahnt und zu Protokoll gegeben, dass die Vertretung von REAL bei der Renergia AG darauf hinwirken soll, dass zumindest Teile des Gewinns an die Abfallentsorgungsverbände ausgeschüttet werden. Nun scheint dieses Anliegen im Jahr 2024 erstmals in die Tat umgesetzt zu werden, wobei die Hälfte dieser Gewinnausschüttung zweckgebunden an die Gemeinden weitergeleitet werden soll. Der diesbezügliche Entscheid fällt an der Generalversammlung von REAL am 26. November 2024. Der Gemeinderat hat dem Delegierten bereits die entsprechende Instruktion erteilt. Es war und ist der Controllingkommission ein Anliegen, dass REAL auch in den Folgejahren auf eine Gewinnausschüttung der Renergia AG drängt. In Übereinstimmung mit dem Postulat selbstverständlich nur, wenn es die finanzielle Lage der Renergia AG und REAL zulassen. Das Postulat ist in diesem Zusammenhang eine Unterstützung für den Delegierten der Gemeinde Horw, wie es der Sprechende des Postulats gesagt hat.

Die dritte Forderung des Postulats ist noch zu prüfen. Die Senkung der Kehricht-Grundgebühr ist eine mögliche Massnahme. Je nach Bedarf der Spezialfinanzierung Abfall ist auch eine andere zweckgebundene Verwendung denkbar, zum Beispiel die Anschaffung, der Betrieb und der Unterhalt von Abfallentsorgungsstellen, wie beispielsweise Abfallsammelstellen im Trennsystem, oder die Aufwände für Maschinen und Gerätschaften sowie Aufwände für zusätzliche Abfallentsorgungen, wie beispielsweise temporäre Sammelsysteme bei Anlässen wie Fasnacht oder Marathon. Das muss der Gemeinderat noch genau prüfen. Aber es wird dem Postulanten zugestimmt, dass die eine oder andere Art und Weise der Verwendung dieser Gelder auf jeden Fall stattfinden wird und die Gelder auf jeden Fall in dieser Spezialfinanzierung willkommen sind.

Im Sinne dieser abgegebenen Erläuterungen ist der Gemeinderat gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ich würde gerne noch etwas mehr Wissen von Herrn Jung. Sie haben angesprochen, dass Sie die Controllingkommission präsidieren dürfen. Mich würde interessieren, was Sie im Zusammenhang mit den anderen REAL-Gemeinden machen: Ob man da auch zusammenspannt? Ob man da auch unabhängig der Kommission vielleicht auch Absprachen und Forderungen trifft? Ich glaube Ihnen auch, - und es ist mir wichtig, dass das nicht eine Unterstellung ist - dass Sie Ihre Aufgabe dort nicht sauber wahrnehmen. Ich glaube einfach, in der Bevölkerung ist nach wie vor ein bisschen die ERZ-Affäre von Zürich im Hinterkopf und man hat Gefühl, wenn man die Gewinne und Beträge durch die Zeitung vernimmt, auch die REAL nur noch ein Steinwurf vom ersten Streichelzoo entfernt ist. Deshalb nimmt es mich einfach wunder, welche anderen Möglichkeiten es gibt, wo Sie beispielsweise mit den Nachbargemeinden den Druck erhöhen.

Philipp Peter (L20)

Ich glaube, das wirkungsvollste Instrument ist schon über die Controllingkommission. Indem man das immer wieder im Bericht erwähnt und damit auch die anderen Gemeinden für das Thema sensibilisiert. Und ich glaube, unter den Delegierten von REAL besteht weitgehend Einigkeit, dass man eine Ausschüttung wünscht. Es wird sich am 26. November 2024 zeigen, aber ich bin ziemlich sicher, weil das in den Vorjahren auch immer wieder Thema war. Von dem her, wenn wirklich nichts gehen würde, müsste man wahrscheinlich ins Auge fassen, mit den anderen Gemeinden zusammen vorzugehen. Wir haben bis jetzt nicht Veranlassung gehabt, weil wir gesehen haben, dass es nichts bringt, wenn wir den Druck nur auf REAL ausüben. Mit 44 Prozent Beteiligung an der Renergia können wir nichts auslösen. Wir müssen einen zweiten Verband im Boot haben, damit Renergia überhaupt ausschüttet. Und das scheint jetzt so weit zu sein, dass mindestens ein anderer Verband auch der Meinung ist, dass man ausschüttet. Der Verwaltungsrat der Renergia ist jetzt auch dieser Meinung, von dem her bin ich zuversichtlich, dass das kommt. Ob es Jahr für Jahr kommt oder ob jetzt einfach mal ein Jahr ausgeschüttet wird, das werden wir sehen. Die Controllingkommission ist klar der Meinung, dass es eine stetige Ausschüttung geben muss. Seitens Renergia merkt man eine gewisse Zurückhaltung im Zusammenhang noch zu erledigenden grösseren Investitionen in Zusammenhang mit CO<sub>2</sub>-Rückbehalt, was eine relativ kostspielige Geschichte werden wird. Da wird man immer wieder Begründungen einfordern müssen, weshalb nicht? Wie sieht der Finanzplan von Renergia aus? Wie sieht der Finanzplan von REAL aus? Nachher können wir entsprechend die nötigen Anträge stellen.

Hans-Ruedi Jung  
(Die Mitte)

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenezunehmen.

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

## **6. Interpellation Nr. 2024-784 von Hans Stampfli, SVP, und Mitunterzeichnenden: Status der Informationssicherheit in der Gemeinde Horw**

Die Interpellation wurde am 7. November 2024 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

Mit der zweiten Fassung bin ich zufrieden. Mir ist bewusst, dass es zwar keine 100-prozentige IT-Sicherheit gibt, aber man sieht doch, dass es ein bisschen transparenter wurde. Man sieht, dass es der Gemeinde ernst ist und sie dort die Aufwände auch betreibt, dass unsere Daten weiterhin sicher bei der Gemeinde bleiben. Besten Dank.

Hans Stampfli (SVP)

## **7. Interpellation Nr. 2024-785 von Francesca Schoch, FDP, und Mitunterzeichnenden: Umsetzung von vier Zahlparkplätzen im Quartier Stutzrain, St. Niklausen und Berücksichtigung der Anwohnermeinung**

Die Interpellation wurde am 7. November 2024 schriftlich beantwortet. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

Ich bin mit der Beantwortung nicht ganz zufrieden. Ich wünsche eine Diskussion.

Francesca Schoch  
(FDP)

Vorerst bedanke ich mich beim Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Ganz zufrieden bin ich mit der Beantwortung jedoch nicht und nehme deshalb wie folgt Stellung dazu:

Zu Punkt 1: Es war zu keinem Zeitpunkt meine Absicht, den Gemeinderat als ignorant oder rücksichtslos darzustellen. Die Aussage im Zeitungsartikel widerspiegelt vielmehr den Unmut vieler betroffener Anwohner im Stutzrain, die sich in dieser Angelegenheit nicht genügend angehört fühlten. Mein Ziel war und ist es noch, den Dialog zwischen dem Gemeinderat und der Strassengenossenschaft zu fördern, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Es ist zu erwähnen, dass bereits im April eine erste Befragung der Strassengenossenschaft durch die Delegierten durchgeführt wurde. Diese Umfrage wurde schriftlich per E-Mail an Genossenschaftler und Anwohner versendet und jeder Anwohner konnte seine Meinung äussern. Die Ergebnisse haben klar eine Ablehnung des Parkplatzprojekts gezeigt. Wie mir mitgeteilt wurde, hat die Strassengenossenschaft die Gemeinde sowohl schriftlich als auch bei einer Begehung vor Ort darüber informiert, dass die Mehrheit der Anwohner gegen die Realisierung ist. Die zweite Umfrage, welche nach dem Beschluss des Gemeinderats ebenfalls von der Strassengenossenschaft durchgeführt wurde, untermauert diese bereits bestehende Haltung. Aus meiner Sicht ist es deshalb nicht relevant, dass die zweite Umfrage zeitlich nach dem Entscheid lag – entscheidend ist, dass die Haltung der Anwohner dem Gemeinderat bereits im Mai vorlag und kommuniziert wurde. Ich vertraue darauf, dass die Informationen, welche mir von der Strassengenossenschaft übermittelt wurden, auch korrekt sind. Offensichtlich sind auf beiden Seiten Kommunikationsfehler passiert. Die Formulierung, dass ich mit meiner Interpellation «gezielt ein Bild von Ignoranz und Rücksichtslosigkeit» gezeichnet hätte, empfinde ich als unangemessen. Mein Anliegen war und ist es nach wie vor, die Interessen der Anwohner zu vertreten und auf mögliche Alternativen hinzuweisen – nicht, den Gemeinderat in ein schlechtes Licht zu stellen. Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass der Stutzrain nicht mit einer Kreuzmattstrasse oder St. Niklausenstrasse vergleichbar ist. Es handelt sich um eine Sackgasse und keine Durchgangsstrasse. Gerade deshalb befürchte ich, dass die neuen Parkplätze nicht zu einer Verkehrsberuhigung führen, sondern stattdessen mehr Verkehr in das Quartier bringen könnten.

Zu Punkt 5: Die von Ihnen beschriebene Kommunikation mit der Präsidentin der Strassengenossenschaft und weiteren Anwohnern zeigt, dass von Seite der Gemeinde Bemühungen unternommen wurden. Dennoch scheinen viele betroffene Anwohner das Verfahren als ungenügend empfunden zu haben, was sich in der breiten Ablehnung

der geplanten Parkplätze zeigt. Ein runder Tisch mit allen relevanten Akteuren hätte möglicherweise dazu beigetragen, Missverständnisse zu vermeiden und die Anliegen der Anwohner besser zu integrieren. Ich möchte an dieser Stelle anregen, die Möglichkeit eines Dialogs mit der Strassengenossenschaft und den betroffenen Anwohnern nochmals zu prüfen. Ziel sollte es sein, eine für alle Seiten tragbare Lösung zu finden, welche die Bedenken der Anwohner ernst nimmt.

Die Strassengenossenschaft sowie andere Einsprechende haben auch kein Interesse daran, die Angelegenheit vor Gericht zu regeln und sind auch bereit, die Einsprachen zurückzunehmen.

Ich möchte als Mitunterzeichner und ebenfalls direkter Anwohner auch noch kurz etwas dazu sagen. Ich möchte bestätigen und nochmals unterstreichen, dass es auch mir (und ich nehme an, allen Unterzeichnenden) nicht darum ging, den Gemeinderat irgendwie schlecht hinzustellen. Die Dynamik, welche entstanden ist, mit Medienberichten, Gerüchten im Quartier, etc. war sicher nicht hilfreich für einen konstruktiven Dialog. Die Hauptfrage, bzw. das Hauptanliegen ist ja, dass die Gemeinde die Anwohner gebührend in solche Entscheidungen einbezieht und professionell kommuniziert. Um ehrlich zu sein: mit je mehr Leuten ich über der Sache geredet habe, desto unklarer wurde mein Bild über die eigentlichen Tatsachen. Man hörte von verschiedenen Seiten verschiedene Informationen, welche sich nicht deckten. Ganz offensichtlich ist die Kommunikation auf allen Seiten nicht optimal gelaufen – Frau Schoch hat dies bereits erwähnt - auch das Quartier war da nicht besonders gut organisiert, eine einheitliche Position zu vertreten. Ich hoffe jetzt sehr, dass alle Beteiligten ihre eigenen Lehren daraus ziehen und dass wir trotz allem eine gute, einvernehmliche Lösung finden können. Auch ich danke für die Beantwortung.

Marc Wiest (Die Mitte)

Da es keine Wortmeldungen mehr gibt, ist die Sitzung beendet, wir kommen zum Schluss. Ich bitte Sie, Ihre Voten bis Freitag, 22. November 2024 an [gemeindekanzlei@horw.ch](mailto:gemeindekanzlei@horw.ch) einzureichen, das erleichtert die Protokollierung.

Bettina Beck  
Bertschmann  
(Die Mitte)

Vorstösse sind ebenfalls an die obengenannte E-Mail-Adresse einzureichen. So ist auch bei Abwesenheiten die Bearbeitung gewährleistet.

Abmeldungen sind jeweils an die Einwohnerratspräsidentin sowie den Gemeindevorschreiber zuzustellen.

Die nächste Sitzung findet am 6. Februar 2025 statt. In der Zwischenzeit darf ich Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit wünschen und bereits jetzt einen guten Start ins neue Jahr.

Bettina Beck Bertschmann  
Einwohnerratspräsidentin

Maya Niederberger  
Protokollführerin

Versand: 10. Dezember 2024